Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmit[illegible] (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johann[illegible]ße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2,00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 269. Dienstag, den 16. November 1915. 22. Jahrg.

Ein Jubiläum.

Während der Zerstörer Krieg auf den blutgetränkten Schlachtfeldern sein unheilvolles Wirken entfaltet, begeht die Arbeiterklasse einen der bedeutungsvollsten Gedenktage in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Am 17. November sind 25 Jahre seit der Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands verflossen. Würden wir gegenwärtig nicht in einem von manchen Leuten fälschlich als „große Zeit" bezeichneten Abschnitt der Menschheitsgeschichte leben, dann würde dieser Gedenktag in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft mit Recht festlich begangen werden. Stellt doch der 17. November 1890 einen der hervorragendsten Marksteine in der deutschen Arbeiterbewegung dar. Angesichts des Umstandes aber, daß weit über 1 Million unserer Gewerkschaftsgenossen im Felde stehen und stündlich dem Tode ins Auge sehen müssen, angesichts der ernsten Zeit soll von Jubiläumsfeiern Abstand genommen und diesem Tage nur ein stilles Gedenken geweiht werden.

25 Jahre! Eine lange Spanne Zeit im Menschenleben und doch nur ein kurzer Augenblick in der vieltausendjährigen Geschichte der Menschheit! Ein kurzer Augenblick zwar, aber einer derjenigen, die einen Wendepunkt darstellen. Von 1890 bis 1915 hat sich die gewerkschaftliche und politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse zu jener Macht entwickelt, die eine sichere Gewähr dafür bietet, daß der Aufstieg der Menschheit sich im sozialistischen Sinne vollziehen wird. Harte, schwere Kämpfe gegen ein übermächtiges Gegnertum waren auszufechten; mit allen Mitteln arbeitete man auf jener Seite darauf hin, den Arbeiter-Organisationen den Garaus zu machen. Es war vergebens! Innerlich gefestigter gingen sie aus diesen Kämpfen hervor. Und was die Hauptsache war: Das Bewußtsein der Klassensolidarität, dieses Fundament der neuen Bewegung, steigerte sich von Kampf zu Kampf. So kann die Arbeiterschaft mit Stolz auf die letzten 25 Jahre zurückblicken.

Die Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands war neben anderen Ursachen die Folge eines der Hamburger Arbeiterschaft aus Anlaß der ersten Maifeier aufgezwungenen erbitterten Kampfes. Das organisierte Hamburger Unternehmertum stellte an die Arbeiter das Verlangen, ihren Organisationen den Rücken zu kehren. Hier sprang die Gesamtarbeiterschaft Deutschlands helfend ein. Doch können wir uns ein näheres Eingehen hierauf an dieser Stelle ersparen, da unser Freund Theodor Schwartz, der der ersten Generalkommission als Mitglied angehörte, aus dem Schatze seiner reichen Erfahrungen die Gründungsgeschichte der Generalkommission in einem besonderen Artikel in dieser Nummer behandelt. Er ist umsomehr hierzu berufen, als er einer derjenigen war, deren Initiative das Zustandekommen jener Gewerkschaftskonferenz zu verdanken ist, die am 16. und 17. November 1890 in Berlin tagte und deren bedeutungsvollste Tätigkeit in der Gründung der Generalkommission bestand. Knapp 300 000 Mitglieder standen damals hinter den Fahnen der allmählich sich immer mehr Bahn brechenden Zentralorganisationen. Die Finanzverhältnisse dieser Organisationen waren außerordentlich schlechte, was ja auch bei den geringen Beiträgen erklärlich war. Schwankten diese doch zwischen 5 und 50 Pfg. wöchentlich, wobei die Mehrzahl einen Wochenbeitrag von nur 10 Pfennig hatte. Daß unter solchen Verhältnissen von einer Schlagfertigkeit gegenüber dem Unternehmertum — das den Wert des Zusammenschlusses ebenfalls erkannte — keine Rede sein konnte, liegt auf der Hand. Das Bestreben der Organisationsleitungen ging nun dahin, die inneren Einrichtungen auszubauen, was zunächst durch Beitragserhöhungen, Einführung von Unterstützungszweigen, Schaffung von Verbandsorganen, Organisation der Lohnbewegungen und Streiks usw. erfolgte. Erschwert wurden ihnen diese dringend notwendigen Aufgaben ganz wesentlich durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, der jedoch 1895 ein Aufschwung und damit äußerst heftige Kämpfe folgten. Der im allgemeinen günstige Verlauf der letzteren hatte eine Steigerung der Mitgliederzahl auf 680 000 bis zum Jahre 1900 zur Folge. Auch die Kassenverhältnisse besserten sich zusehends; 1900 betrug der Kampffonds der Zentralverbände 7½ Millionen Mark. In das Jahrzehnt 1900 bis 1910 fielen ganz gewaltige Kämpfe, die den Organisationen eine schwere Feuerprobe auferlegten, die jedoch glänzend von ihnen bestanden wurde. Wir erinnern hier nur an die Kämpfe der Crimmitschauer Textilarbeiter (1903/4), der Bergarbeiter (1905) und der Hamburger Hafenarbeiter (1906), die einen glänzenden Beweis von der Solidarität der Arbeiterschaft ablegten. Das Wüten der Scharfmacher, das der Vernichtung der Arbeiterorganisationen galt, erreichte seinen Zweck nicht. Im Gegenteil! Die Verbände wuchsen immer weiter heran und vereinigten 1910 bereits über 2 Millionen Gewerkschaftler in ihren Reihen; ihre Kriegskassen hatten in diesem Jahre eine Höhe von 52 Millionen Mark erreicht. Und vor Ausbruch des Krieges betrug die Zahl der zentralorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen über 2½ Millionen und das Vermögen der Verbände rund 90 Millionen Mark. Diese Zahlen, die durch den Krieg natürlich eine Minderung erfahren haben, reden eine so deutliche Sprache, daß ein weiterer Kommentar die Wirkung derselben nur abschwächen könnte.

Was die Organisationen unter tatkräftiger Mithilfe der Generalkommission erreicht haben, das konnte nur nach schweren Kämpfen errungen werden. Dem aussperrungswütigen Unternehmertum gesellten sich andere Gegner bei, die den Versuch machten, den Gewerkschaften auf dem Wege der Gesetzgebung und auf andere Weise den Garaus zu machen. Es seien hier nur die Zuchthausvorlage, die gerichtlichen und polizeilichen Verfolgungen, die geplante Verschärfung des Zivil- und Strafrechts, der Arbeitswilligenschutz erwähnt. Wir wollen hierauf heute nicht näher eingehen; unseren Lesern werden diese Vorgänge sicher noch in lebhafter Erinnerung sein. Die Gewerkschaften sind aber trotz aller Erdrosselungsversuche unerschrocken ihre Bahn gegangen und haben durch die Tat bewiesen, daß sie die wirksamsten Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse sind.

Das tritt nicht nur in die Erscheinung bei der durch sie erreichten Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nicht nur in den von ihnen geschaffenen Einrichtungen — Arbeitersekretariate usw. —, sondern ganz wesentlich in den von 1891—1914 geleisteten Unterstützungen. An Arbeitslosenunterstützung wurde in diesem Zeitraum gezahlt: **89½ Millionen Mark**, an Krankenunterstützung **91** Millionen, an Streikunterstützung **143½** Millionen, an Reiseunterstützung **16,1** Millionen und an sonstigen Unterstützungen **49,7** Millionen Mark, das sind insgesamt an Unterstützungen **389,9 Millionen Mark.** Wie viel Not und Elend ist durch diese Unterstützungen gelindert worden und wie werden diejenigen durch diese Zahlen schlagend widerlegt, die da behaupten, die Gewerkschaften leisteten nichts für die Arbeiterklasse. Solche Ziffern stehen mit ehernen Lettern eingeschrieben in dem goldenen Buche der Geschichte der Arbeiterbewegung. Daß sie zu verzeichnen sind, verdanken die Organisationen nicht zum miedesten ihrem zentralistischen Charakter, der sich am sichtbarsten in der Generalkommission verkörpert. Vor ihnen treten alle jene kleineren Differenzpunkte, wie sie bezüglich des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften, der Grenzstreitigkeiten usw. in die Erscheinung getreten sind, vollständig in den Hintergrund. Die Zentralorganisationen sind auf dem richtigen Wege — das beweisen ihre Erfolge. Und sie werden sich weiter entwickeln zu höheren Organisationen — zum Segen und zum Wohle der arbeitenden Klassen.

Mit dem Jubiläum der Generalkommission fällt zusammen das Jubiläum ihres Leiters, des Genossen Carl Legien. Seit der Gründung derselben steht er an ihrer Spitze. Sein reiches Wissen, seine zähe Energie ist der Gewerkschaftsbewegung im In- und Auslande sehr zustatten gekommen. Möge es ihm vergönnt sein, noch recht lange im Interesse der Arbeiterklasse zu wirken.

Aus Anlaß des Jubiläums hat die Generalkommission eine vom Genossen Paul Umbreit verfaßte Erinnerungsschrift *) herausgegeben. In interessanter, fesselnder Weise werden hier die Kämpfe und die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften in den letzten 25 Jahren geschildert. Dem hübsch ausgestatteten Buch, das durch tabellarische Uebersichten und graphische Darstellungen ergänzt wird, ist die weiteste Verbreitung zu wünschen. — —

Fünfundzwanzig Jahre besteht am morgigen Tage die Generalkommission. Mit unserem Glückwunsch verbinden wir die Hoffnung, daß unter ihrer Leitung die Gewerkschaften sich weiter entwickeln, damit sie den nach dem Kriege zweifellos einsetzenden Kämpfen wie bisher gerüstet und gewappnet gegenüberstehen. Mögen aber auch alle den Organisationen noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen sich ihren Organisationen anschließen, damit diese ihren hohen Aufgaben, die in der Sicherung des Aufstiegs der Arbeiterklasse gipfeln, gewachsen sind.

Vorwärts und aufwärts!

*) **25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890—1915.** 184 Seiten stark. Preis durch den Buchhandel bezogen 3,— Mark, für Gewerkschaftsmitglieder beim Bezug durch das Kartell oder ihre Organisation 1,60 Mark.

Von den Kriegsschauplätzen.

Im Osten entwickelten sich sowohl in der Gegend von Smorgon als auch am Styr äußerst heftige Kämpfe, die erfolgreich beendet werden konnten. Von besonderer Bedeutung ist der Ausfall des Ringens am Styr. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen griffen die russischen Stellungen am Westufer des Flusses an und warfen den Gegner vollständig auf das jenseitige Ufer zurück. — Auf dem Balkan wurden die Serben weiter verfolgt. Insgesamt wurden am Sonntag über 8500 Gefangene gemacht und 12 Geschütze erbeutet. Das ist für die Serben ein nicht zu unterschätzender Mißerfolg.

Infolge der schwierigen Terrainverhältnisse werden die Operationen in Serbien sehr erschwert; die Truppen dringen nur sehr langsam vorwärts. Aber mit den gleichen Schwierigkeiten haben auch die sich zurückziehenden Serben zu kämpfen. Sehnsüchtig sind die Hoffnungen der Serben auf das Entente-Hilfskorps gerichtet. Sie können aber durch die bulgarische Front nicht durchdringen. Die Truppen der Armeen von Köveß und v. Gallwitz sind auf der ganzen Front im Besitz der die Lage beherrschenden Höhen. Die deutschen Truppen der Armee v. Gallwitz eroberten einen über die Gebirgskette Jasterbac führenden Paß und sind im Anmarsch nach dem Toplica-Tal. Die österreichisch-ungarischen Truppen der Armee v. Köveß eroberten im Moravitza-Tal südwestlich den Ivanjica-Gebirgsrücken. Das ganze Operationsfeld ist schneebedeckt. Das Vordringen ist ferner erschwert durch starke Winterstürme. Wichtige Operationen vollzogen die Bijegrader Truppen, die über den Lim vordringend die Lage des serbischen linken Flügels erschwerten. Bald wird daher auch die Westfront gegen die Serben vollkommen geschlossen sein. Die bulgarischen Truppen dringen westlich von Leskovac siegreich vor. Auf der Linie Strumitza-Krivolac-Klepa-Veles-Usküb-Kalkandelen geht es gleichfalls vorwärts. Von Kalkandelen eröffnen sich auf Prizrend-Gostivar, von Veles und Klepa nach Prilep günstige Anmarschlinien für die Bulgaren.

Während die Italiener insofern aktiv in den Balkankrieg eingegriffen haben, als einer ihrer Kreuzer die Eisenbahnlinie bei der bulgarischen Hafenstadt Dedeagatsch beschoß, während weiter die Franzosen und Engländer sich mit dem Gedanken einer Landung in Albanien oder Montenegro tragen, will Rußland Serbien nur moralisch unterstützen. Der serbische Gesandte in Petersburg, der wochenlang ohne Nachricht von seiner Regierung geblieben war, erhielt nach einer Stockholmer Meldung am Freitag ein langes Telegramm vom Ministerpräsidenten Pasitsch aus Novi Bazar. Der Gesandte begab sich darauf sofort zum Auswärtigen Amt und

beriet stundenlang mit dem Ressortchef Gulkewitsch. Wie verlautet, führte der Gesandte eine energische, ja drohende Sprache, ohne jedoch einen Erfolg zu erzielen. Gulkewitsch erklärte bestimmt, Rußland müsse sich auf eine moralische Unterstützung Serbiens beschränken. Der serbische Gesandte richtete darauf einen Notschrei an die Presse, in dem er das Schicksal Serbiens als besiegelt bezeichnet. Die Antwort von Gulkewitsch war das Ergebnis einer Konferenz im Ministerium des Aeußern, die auf Grund von ausführlichen Nachrichten des russischen Gesandten in Bukarest beschlossen hatte, die rumänische Neutralität auch weiterhin zu achten.

Wenn der „Secolo" richtig informiert ist, will der Vierverband dauernd Saloniki besetzen, um von dort aus die Linie Berlin-Konstantinopel zu bedrohen. Ob Griechenland, dessen Regierung übrigens erneut allen Mächten gegenüber seine weitere Neutralität betonte, mit diesem Vorgehen des Vierverbandes einverstanden sein wird, ist sehr fraglich.

Vor kurzem berichtete die „Times", die britische Besatzung von Buschir in Südpersien sei am 16. Oktober unter gegenseitigem Einverständnis zurückgezogen worden und der persische Gouverneur habe sich für dieses englische Entgegenkommen bedankt. Die Nachrichtenstelle für den Orient bringt nun über die Vorgänge in Südpersien Mitteilungen, die geeignet sind, die Räumung Buschirs in etwas anderem Lichte erscheinen zu lassen. Es heißt darin: Die Militärtruppen im Süden wachsen besonders durch den Anschluß Tausender von Nomaden ständig an. In Bulwar (bei Buschir) kam es zu einem Zusammenstoß mit den Engländern. Beim ersten Treffen büßten sie 38 Mann und 8 Offiziere ein. Gegen 4000 Perser waren am Kampfe beteiligt, der über eine Woche andauerte. Die Engländer verloren dabei 550 Mann und mußten sich zurückziehen. Bei einem anderen Scharmützel an der Küste fielen auf seiten der Engländer 50 Mann, auf seiten der Perser 14 Mann. In ihrer Ohnmacht beschlagnahmten nun die Engländer in der Bank von England das Vermögen des einflußreichen Stammesoberhauptes Ghazan ar as-Saltanas, der sich dadurch nicht einschüchtern ließ, sondern an den Direktor der Bank telegraphierte, daß er seinem Beschlusse, gegen die Engländer zu kämpfen, treu bleiben und nicht eher ruhen werde, bis er nicht für jedes seiner beschlagnahmten Geldstücke einen Engländer ins Jenseits befördert hätte. Der englische Gesandte in Teheran wollte all die patriotischen Volkskundgebungen den deutschen Expeditionen, die den Süden bereisen sowie dem Generalgouverneur der Landschaft Fars, Muchaijeres-Saltana, in die Schuhe schieben. Diesen bezichtigte er der Deutschfreundlichkeit, da er ja in Deutschland seine Erziehung genossen und dort studiert habe. Die Forderung des Gesandten, den Gouverneur abzusetzen, beschied die persische Regierung abschlägig. Acht Musdschehiden übernahmen das Kommando bei den südpersischen Miliztruppen, denen sich viele Vornehme und Notable als Freiwillige anschlossen. — Sollte die Räumung Buschirs etwa doch nicht ganz freiwillig gewesen sein?

Bei einem Festmahl hielt der schweizerische Bundespräsident Motta eine Rede, in der er u. a. ausführte: „Die Politik der Schweiz ist eine Politik der wohlwollenden Neutralität gegenüber allen, aber zugleich die bewaffnete Neutralität gegen alle." Das sind unzweideutige Worte, die sich alle, die es angeht, merken mögen.

*

Die Kriegslage.

Wie . . . November. Amtlich wird berichtet:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe bei Czartorysk haben gestern den vollen Erfolg herbeigeführt. Der geschlagene Feind wurde aus dem Styr-Bogen über den Fluß zurückgeworfen. Bei seinem eiligen Rückzug hat der Gegner alle verlorenen Ortschaften angezündet.

Hiermit haben die vierwöchentlichen zähen und ruhmvollen Kämpfe um Czartorysk ebenso zum Rückzuge der Russen aus ihren ursprünglichen Stellungen geführt, wie die seinerzeit von den russischen Truppen hoffnungsvoll angekündigten Durchbruchsversuche bei Siemiltowo an der Strypa.

Die schon gestern angegebene Beute erhöht sich.

Sonst sind keine nennenswerten Ereignisse zu verzeichnen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die feindliche Angriffstätigkeit an der Isonzo-Front hat gestern vielleicht infolge des strömenden Regens sichtlich nachgelassen. Am Abschnitt der Hochfläche von Doberdo wurde jedoch heftig weiter gekämpft.

Am Nordhang des Monte San Michele gelang es den Italienern wieder, in eine durch schweres Artilleriefeuer geschlagene Lücke unserer Stellung einzudringen. Starke feindliche Kräfte, die abends nördlich dieser Einbruchsstelle zum Angriff vorgingen, wurden blutig abgewiesen. Hieran setzte unser Gegenangriff ein, der das verlorene Frontstück vollständig zurückgewann und dem Feinde außerordentlich große Verluste zufügte. Auch ein starker italienischer Angriff gegen den Monte Sei Dei Buoi brach wie alle früheren zusammen.

Durch die Beschießung von Görz wurden bisher 58 Zivilpersonen getötet, 50 verwundet, etwa 300 Häuser und fast alle Kirchen und Klöster schwer beschädigt.

Eines unserer Fliegergeschwader belegte neuerdings Verona mit zahlreichen Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Alle Armee verfolgen. Nur stellenweise hält sich noch der Feind.

Unsere Visegrader Gruppe hat die Montenegriner über den Lim zurückgeworfen und Sokolovic sowie die östlichen Anhöhen erreicht. Bei der Armee von Köveß wurden wieder 850 Gefangene eingebracht und 2 Maschinengewehre erbeutet. Im Toplica-Tale ist Prokuplje erreicht.

Gegen Italien.

Italiens Kriegserklärung an Deutschland bevorstehend?

Der Mailänder Korrespondent der „Neuen Züricher Ztg." will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß italienische

Der englische Angriff auf Aivali.

Geschäftsleute gewisse, allerdings nicht offen bestehende Geschäftsbeziehungen zu deutschen Firmen zu lösen suchen, weil sie die Kriegserklärung Italiens an Deutschland für unvermeidlich halten. Die zu erwartende Kriegserklärung stehe offenbar im Zusammenhang mit der Teilnahme Italiens am Balkankrieg, und es gelte als wahrscheinlich, daß die Regierung mit einem bereits vollzogenen Entschlusse vor die Kammer trete.

*

Flieger Angriff auf Verona.

. . . österreichische Flieger warfen Sonntag früh Bomben auf die Stadt. 30 Personen wurden getötet, 31 schwer und 19 leicht verletzt. Der Sachschaden ist unbedeutend.

Der Balkankrieg.

Kämpfe in Mazedonien.

Nach Meldungen aus Saloniki erhielten die Bulgaren große Verstärkungen auf ihrer Südfront gegen die Franzosen. Sie griffen am 12. November die Franzosen mit 30 Bataillonen am Orna, einem Nebenfluß des Vardar, an. Der Kampf wogte sehr heftig den ganzen Tag hin und her und die Bulgaren mußten sich abends zurückziehen. Die Franzosen verfolgten sie nicht. Die Lage der Serben in Babuna ist unverändert. Die Bulgaren beschossen Gradesko und Kropilac und sandten bedeutende Verstärkungen nach Uesküb, das von Norden von dem serbischen General Bojowitsch bedroht ist. Dieser hat die Bulgaren mit starken Kräften im Engpaß bei Katschanik angegriffen. Der Kampf t . . .

*

Beschießung von Dedeagatsch.

Das italienische Kreuzer „Piemonte" kehrte nach einer Havas-Meldung am 13. November aus Dedeagatsch zurück, wo er die Eisenbahnlinie beschossen und beschädigt hat.

*

Der allgemeine Dampferverkehr auf der Donau

zwischen Galatz und Orsova ist am Montag aufgenommen worden.

*

Englische und italienische Truppenlandungen.

Dem Bukarester „Universul" zufolge sind in Santi Quaranta an der Südspitze Albaniens englische Truppen gelandet. Wie verlautet, soll ein ganzes Armeekorps hier an Land gesetzt werden. In Wakona soll eine italienische Division eingetroffen sein, die offenbar zur Unterstützung Serbiens bestimmt ist. Auch in Durazzo sind englische und französische Marine-Offiziere an Land gekommen, um die Ausschiffung italienischer Truppen vorzubereiten. Die Engländer und Italiener wollen versuchen, zum Schlachtfeld des Amselfeldes zu gelangen.

Nach Athener Meldungen hat der französische Generalstab die Absicht, Truppensendungen über Santi Quaranta und Goritza nach Monastir vorzunehmen, aufgegeben. Eine größere französische Erkundungspatrouille ist von Monastir in Santi Quaranta eingetroffen. Sie muß die Gefährlichkeit und Aussichtslosigkeit dieser Route gemeldet haben, denn die in Santi Quaranta bereits ausgeschifften französischen Truppen haben ihr Lager abgebrochen und sind wieder eingeschifft worden.

*

Der italienische Zug nach Albanien.

Die italienische Presse bereitet nunmehr, durch die Zensur ganz unbehindert, das italienische Volk auf den Zug nach Albanien vor. Der „Secolo" begründet den albanischen Feldzug in einem Leitartikel mit der Notwendigkeit, Serbien zu helfen und Italien nicht zu isolieren. Im „Corriere della Sera" stellt Torre fest, daß Italien keinesfalls seine Vergrößerung Griechenlands in Albanien erlauben werde. Torre glaubt übrigens, daß Griechenland für die Entente vollständig verloren sei und erwartet von den Kammerwahlen eine Mehrheit gegen Venizelos. Da die Ereignisse dem König recht zu geben schienen, sei des Königs Popularität gestiegen, während Venizelos seinen Stern sinken sähe.

Keine englische Kohle für Griechenland.

Aus London wird gemeldet: Die englische Zollverwaltung hat die den griechischen Schiffseigentümern bisher gewährten Vergünstigungen für den Transport von Kohle zurückgenommen und den Kohlentransport von England nach Griechenland einstellen lassen.

Der Seekrieg.

Opfer der Unterseeboote.

Wie Lloyds berichtet, ist der spanische Dampfer „Bernabe" (2263 Tons), von Cardiff nach Bordeaux unterwegs, unweit Bordeaux mit einer Besatzung von 10 Mann verloren gegangen.

Lyoner Blätter melden aus Kandia, daß am 12. November der Dampfer „Latsithion" mit 22 Mann Besatzung des englischen Dampfers „Macalister", der von einem deutschen U-Boot versenkt wurde, in Kandia eintraf. Von dem übrigen Teil der Besatzung, die 67 Mann betrug, fehlt jede Nachricht. Die Geretteten erzählen, daß dasselbe U-Boot an demselben Tage zwei weitere Dampfer versenkt hat.

*

Vergeblicher Rammversuch gegen ein U-Boot.

Der englische Dampfer „Mortan" hat in Oran 24 Tote und 70 Verwundete seiner Besatzung gelandet. Der Dampfer hatte einen Kampf mit einem deutschen U-Boot, das das Feuer auf den „Mortan" eröffnete, weil das englische Schiff das U-Boot zu rammen versuchte. Da zwei andere Dampfer dem englischen Schiffe zu Hilfe kamen, entfernte sich das U-Boot.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Petroleumnot in Schweden.

Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Kopenhagen: Die Beschlagnahme der amerikanischen Petroleumdampfer für Schweden durch die Engländer hat dort zu einer großen Petroleumnot geführt. Mehrere Großindustrielle, die mit Petroleummotoren arbeiten, stehen vor ihrer Betriebseinstellung.

*

Der Aufstand in Indien.

Die Meldungen über eine ausgedehnte revolutionäre Bewegung in Indien werden durch in Petersburg eingetroffene Berichte aus japanischer Quelle bestätigt. Japanische Blätter wollen wissen, daß sich der Hauptstützpunkt der antienglischen Propaganda für Indien in Schanghai befinde. Von Schanghai aus seien in den letzten Monaten Flugschriften gegen die englische Herrschaft in Indien sowie Waffen und Munition nach Indien geschmuggelt worden. Der Amsterdamner Vertreter der „Frankfurter Zeitung" erfährt aus unterrichteter Quelle, daß japanische Sendlinge in Indien die umstürzlerische Bewegung fördern. Die Nachricht, daß der japanische Ministerrat sich mit der Lage in Indien befaßte, hat in englischen Regierungskreisen lebhafte Beunruhigung hervorgerufen.

Die Teuerung.

Woher die unerhörten Eierpreise kommen. In Augsburg wurde der Butter- und Eierhändler Karl Pitz verhaftet. Er hatte in der näheren und weiteren Umgebung alle erhältlichen Eier aufkaufen lassen, um sie zu lagern. Dadurch war die Zufuhr von Eiern zur Stadt fast vollständig abgeschnitten und der Preis stieg um fast 100 %. Auch gegen die Ehefrau des Pitz ist ein Strafverfahren anhängig gemacht.

Gegen die Aufspeicherung von Lebensmitteln im privaten Haushalt wendet sich ein Beschluß des Stadtrats in Freiburg i. B. Er will sich vom badischen Ministerium des Innern die Befugnis geben lassen, solche Lebensmittelhamster, die sich auf Monate hinaus „eindecken", zur Angabe über die Menge ihrer angehäuften Vorräte zu zwingen. Auch Handels- und Gewerbetreibende sollen verpflichtet werden, der Stadtverwaltung Mitteilung über ihre Warenvorräte zu machen, eventl. sie der Stadt käuflich zu überlassen.

Gegen den Fleischwucher. In der Sonntagsnummer der „Deutschen Tageszeitung" lesen wir: „Es geht also. In Drossen in der Mark verkauft der Magistrat an jedermann bestes Rindfleisch für 1 Mark das Pfund, Schweinefleisch mit 1,30 Mark und Wurst mit 1,60 Mark. Darauf haben die Schlächter die Preise noch unterboten. Sie geben das Rindfleisch schon mit 90 Pfg. ab. Die weitere Folge ist, daß auf den Dörfern im Kreise Westernberg die Fleischer Rind- und Schweinefleisch noch 10 Pfg. billiger anbieten, und das Angebot wächst."

Der Mißerfolg der Schweine-Höchstpreise. Die „Deutsche Fleischer-Ztg." schreibt: „Fünf Minuten nach Eröffnung des Viehmarktes am Sonnabend war die geringe Zahl der Schweine, etwa 2300 Stück vollständig verkauft. Im Lande weigern sich die Landwirte, Schweine zu Preisen zu verkaufen, die dem Höchstpreis auf dem Schlachtviehmarkt angemessen sind. Sie behaupten, daß sie befugt seien, selbst die für Schlachtschweine festgesetzten Höchstpreise zu fordern. Wo sie nicht so viel fordern, wollen sie sich doch nicht bereit erklären, 10 Prozent unter dem Höchstpreis, wie die Händler es wünschen, zu verkaufen. Diese können aber nicht zu dem Preise vom Landmann einkaufen, zu dem sie selbst an die Großschlächter verkaufen müssen. Es zeigt sich, daß die Bundesratsverordnung nicht bloß einen Fehler begangen hat, indem sie keine Höchstpreise für Großschlächter vorschreibt, sondern auch, indem sie den Höchstpreis nur für Verkäufe auf dem Schlachtviehmarkt selbst, nicht aber ab Stall festsetzte."

Fleisch- und Butterkarten in Sicht. Wie das „Berl. Tagebl." hört, steht nun doch die Einführung von Fleisch- und Speck-, sowie von Butterkarten für das Reichsgebiet in Aussicht. Ein dahinzielender Antrag dürfte dem Bundesrat schon diese Woche vorgelegt werden. Die Butterkarte soll vermutlich der Streckung unserer im Winter naturgemäß beschränkten Milcherzeugung dienen. Die Einführung einer Fleischkarte soll nicht so sehr eine Verminderung, als — wenn man so sagen darf — eine Verlangsamung der Konsumtion bezwecken. Die „fleischlosen" Tage haben sich zwar schnell eingeführt und bewährt, aber eine Abnahme des Verbrauchs kaum bewirkt. Ein Mangel an Fleisch ist nicht vorhanden; im Gegenteil hat die letzte Viehzählung — ihre endgültigen Ergebnisse liegen freilich noch nicht vor — eine sehr wesentliche Zunahme der Bestände, namentlich an Schweinen, Schafen und Ziegen, festgestellt. Die „Rationierung" des

Verbrauchs soll daher im wesentlichen nur eine ungerechte Bevorzugung der bessergestellten Kreise verhüten, eine möglichst gleichmäßige Verteilung ermöglichen, vor allem aber zugunsten verstärkter Fetterzeugung wirken.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 16. November.

Des Bußtages wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes am Donnerstag nachmittag.

Die Bürgerschaft hielt gestern eine Versammlung ab, die eine recht wichtige Tagesordnung zu erledigen hatte. Obwohl eine ganze Anzahl Senatsanträge ohne Debatte verabschiedet, d. h. angenommen wurde, zog sich die Beratung doch bis nach 10½ Uhr hin. Zu längeren Erörterungen gab die vom Senat geforderte Bewilligung von rund 8000 Mk. für die Instandsetzung der Stadthalle Anlaß. Weniger eigentlich die vorliegende Forderung, als die Tatsache, daß der Staat dieses Lokal, das wohl bei allen seinen Eigentümern und Pächtern nur unangenehme Erinnerungen hinterlassen haben wird, erworben hat, ohne die Bürgerschaft zu fragen. Richtig ist ja, daß der Erwerb nicht freihändig erfolgte, sondern in einer Zwangsversteigerung, durch welchen der Finanzbehörde der Verlust einer Hypothek in Höhe von 100 000 Mark drohte. Nur ein Redner aus der Mitte der Bürgerschaft war mit der Ueberführung der Stadthalle in Staatseigentum einverstanden. Alle anderen sahen darin nur eine finanzielle Belastung Lübecks. Vom Genossen Löwigt wurde außerdem noch kritisiert, daß gerade die vielen städtischen Säle unserm Staatswesen viel Geld kosten. Schließlich wurde eine Kommission gewählt, die die „Verhältnisse" der Stadthalle prüfen soll. Viel wird dabei gewiß nicht herauskommen, da an dem Erwerb des Lokals nichts mehr zu ändern ist, trotz der nicht von der Hand zu weisenden verfassungsrechtlichen Bedenken, die zum Ausdruck kamen.

Ein größeres Entgegenkommen gegen Leute, die jetzt beim Mangel an Petroleum Gas zu beziehen wünschen, forderte Genosse Stelling beim Senatsantrag betr. Verstärkung der für Neuanlage der Gaswerke vorgesehenen Mittel.

Bewilligt wurden 2 300 000 Mk. für die Unterstützung von Familien in den Dienst getretener Mannschaften. Genosse Hoff stellte bei dieser Gelegenheit einen Antrag auf Erhöhung der Familienunterstützungen, der dem Bürgerausschuß überwiesen wurde. Weiter kritisierte er, daß man verschiedentlich von der Unterstützung noch Abzüge mache, damit ja drei Viertel des Einkommens vor dem Kriege, das manchmal recht niedrig war, nicht überschritten würden. Als ungesetzlich und überflüssig charakterisierte er eine Anzahl von Fragen, die den Kriegerfrauen auf einem Schein vorgelegt worden sind und von deren Beantwortung man die weitere Zahlung der Unterstützung abhängig machte. Die Herren Klein und Dr. Görtz schlossen sich dem an, während der Senat eine Notlage zu bestreiten versuchte und die Unterstützung für ausreichend erklärte. Wenn das im vorigen Jahr weniger zutreffend gewesen sein mag, so ist es in diesen teuren Zeiten leider nicht mehr der Fall, so gern auch anerkannt werden soll, daß hier mehr geschieht wie an andern Orten.

Sehr interessante Erörterungen knüpften sich an den Antrag Hoff auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, den der Antragsteller mit kurzen Worten wirksam begründete. Der Senat ließ erklären, daß ihn diese Frage bereits beschäftige, weshalb jetzt der Antrag überflüssig sei. Sehr wenig Liebe scheint Herr Thiel und mit ihm wohl die Metallindustriellen für einen paritätischen Arbeitsnachweis zu haben, bei welchem er politische Hintergedanken zu vermuten scheint. Herr Klein sprach dafür. Dann wurde der Antrag abgelehnt. Jetzt wird zunächst abzuwarten sein, was der Senat bringen wird; ob er die Erwartungen der Arbeiterschaft enttäuschen wird oder nicht.

Von großer Wichtigkeit war der Antrag des Genossen Stelling betreffend Maßnahmen für die Beschaffung von Lebensmitteln zu angemessenen Preisen. In sehr eingehender Weise gab unser Redner ein Bild von den herrschenden unhaltbaren Zuständen und ersuchte dringend um Abhilfe. Wir verweisen besonders auf unsern ausführlichen Bericht über die Bürgerschaftsverhandlungen. Auch die Herren Klein und Henk unterstrichen die Ausführungen Stellings. Der Senat wollte sie allerdings nicht in vollem Umfange gelten lassen. Die unter dem Wucher notleidende Bevölkerung wird das besser zu würdigen wissen. Einstimmig verwies die Bürgerschaft den Antrag an den Bürgerausschuß.

Ueber eine erneute Eingabe der Schünemannschen Erben fand keine Debatte statt. Damit schloß die Sitzung.

Beschäftigung für Kriegsverletzte. Man schreibt uns: Lang andauernde Untätigkeit wirkt lähmend, läßt die Kräfte des Körpers und des Geistes erschlaffen und hemmt unter Umständen auch die Wiedergenesung. Daher geht das Bestreben der Heilfürsorge mehr und mehr dahin, soweit der Gesundheitszustand es irgend gestattet, Kranke und Verletzte wieder einer geregelten Beschäftigung zuzuführen. Die Beschäftigung wird in unseren großen Krankenanstalten immer mehr in den Dienst der Heilbehandlung gestellt. Die Beschäftigung der Kranken bildet auch in der Kriegsverletztenfürsorge einen wichtigen Aufgabenzweig. Der Lübecker Landes-Ausschuß für Kriegsverletzte hat dieser Aufgabe schon zeitig seine Aufmerksamkeit zugewandt. Durch einen Unterausschuß sind in den verschiedenen Lazaretten Werkstätten für Kriegsverletzte eingerichtet. So sind auf dem Gebiete des Burgtor-Lazarettes eine Tischler-, Schlosser- und Schuhmacher-Werkstätte geschaffen, außerdem eine orthopädische Werkstatt, in der Kriegsverletzte bei der Herstellung von künstlichen Gliedmaßen, insbesondere auch von vorläufigen Ersatzstücken, beschäftigt werden; eine Buchbinder-Werkstatt ist in der Einrichtung begriffen. Wichtig ist es, daß die Kriegsverletzten hier Gelegenheit haben, in Ergänzung zu den medico-mechanischen Uebungen, sich an den Verlust fehlender Gliedmaßen zu gewöhnen, sich mit Ersatzstücken vertraut zu machen, die namentlich in der ersten Zeit leicht noch Ungelegenheiten bereiten. Erfreulicherweise nimmt das Verständnis für den Wert einer solchen Beschäftigung bei den Kriegsverletzten selbst zu, sodaß in den Werkstätten zeitweilig reges Leben herrscht. Für die Abteilung der Lungenkranken ist eine besondere Werkstatt zurzeit im Bau. Auch in den anderen Lazaretten sind Tischler, Schuhmacher und andere Handwerker in den vom Lübecker Landes-Ausschuß für Kriegsverletzte geschaffenen Werkstätten an der Arbeit. So hat sich auch in Lübeck die Beschäftigung im Lazarett zu einem besonders wichtigen Zweig der Kriegsverletztenfürsorge entwickelt.

Von den Kämpfen in Serbien gibt ein Parteigenosse und Vorstandsmitglied des Buchdruckervereins in Lübeck, der nun schon mit manchen anderen hiesigen Hanseaten lange am Kriege teilnimmt, in einem Feldpostbriefe an einen Kollegen folgende lebendige Schilderung:

T....., den 31. 10. 15.

Lieber Hannes!

Für Deine Zeilen sowie für die inliegenden „Korresp." sage Dir meinen besten Dank .... Nun will ich Dir nach Möglichkeit eine kleine Schilderung unserer serbischen Gastrolle geben. Am 7. 10. wurde unsere Kompagnie nach Palanka kommandiert, um mit einer Gebirgs-Maschinengewehr-Kompagnie den Uebergang unserer Division über die Donau zu decken. Palanka ist ungarischer Grenzort, das Gelände flach, auf der anderen Seite der Donau ist serbisches Gebiet und die Bergriesen ragen weit ins Land. Nach kräftiger Artillerievorbereitung, welche das jenseitige Ufer der Donau mitbestrich, um eventuell Minen und Drahthindernisse in der Donau unschädlich zu machen, setzten sich acht Doppelpontons in Bewegung, von Ruderern und Pionieren geleitet. (Die Donau ist hier 12—1400 Meter breit.) Wir lagen im Graben und warteten gespannt der Dinge, die da kommen sollten. Alles war drüben ruhig, bis die Pontons so ziemlich das jenseitige Ufer erreicht hatten, dann setzte Gewehrfeuer ein, jedoch wurde die Fahrt unbeirrt fortgesetzt, bis die Transporte glücklich gelandet waren, dann strebten die einzelnen Züge auf verschiedenen Wegen an den Bergen empor. Unterdessen setzte sich der gesamte Brückentrain unseres Korps aus den gedeckt liegenden Uferteilen in Bewegung, um neue Kräfte herüberzuführen. Schon wurden unsere ersten Verwundeten gebracht. Nachdem wir auch herübergeschiffert waren, begegneten wir drüben den ersten Gefangenen; auch zwei Frauen waren dabei, die das Los ihrer Männer im Schützengraben geteilt hatten. Mit ihnen wurden auch die ersten erbeuteten Geschütze gebracht. Bald war auch das Grenzdorf Ramm unser. Da die Oesterreicher voriges Jahr mit der Zivilbevölkerung durch deren Verrat (Lichtsignale usw.) üble Erfahrungen gemacht hatten, wurde befohlen, dieselbe vorläufig zu internieren; und die Frauen, Kinder und Greise wurde abgeführt. Nach kürzeren Gefechten in den Bergen ging es weiter bis vor Berange, wo sich die Serben fest eingenistet hatten und sich äußerst hartnäckig in den Bergen verteidigten. Unsere Verluste waren ziemlich groß, da der Serbe sich besser hält als der Russe und auch taktisch den richtigen Zeitpunkt selbst zum Gegenangriff ausnutzt. Der Tag brachte uns 300 Gefangene. Unaufhaltsam ging es jeden Tag vorwärts, immer im Gefecht. Bei Sedlari kamen zum ersten Male die Serben truppweise als Ueberläufer an; es waren Mazedonier, die von dem Kriegsausbruch gehört hatten und nun nicht weiter gegen uns kämpfen wollten. Die Division machte an dem Tage 1600 Gefangene. Ruhe hat unser Regiment bisher noch nicht gehabt, nur wenn wir mal zur Reserve gefechtsbereit in ein Dorf zogen, wurde für das leibliche Wohl ausgiebig gesorgt. Fässer mit Wein liegen in jedem Keller, auf jedem Boden hängen Trauben zum Trocknen, sog. Traubrosinen. Federvieh und Schweine gibt es hier en gros. Also dann wurde der Fettpott gefüllt und der Durst gestillt. Jeder darf nur soviel nehmen als er unbedingt nötig gebraucht. Bei Kominow bekamen wir plötzlich aus dem schon hinter uns liegenden Dorf Feuer. Unser Zug bekam den Befehl, das Dorf zu räumen. 17 Soldaten, die zur Einwohnerschaft gehörten und sich schon in Zivil verpuppt hatten, wurden abgeführt; das übrige, ca. 650 Frauen und Kinder sowie 85 Greise, zusammengebracht. Nachdem wir den Tag damit zugebracht hatten, erreichte uns abends der Befehl, daß von jetzt ab sämtliche Einwohner, die sich einwandfrei führen, auf freiem Fuß zu belassen sind. Da hättet Ihr mal die glücklichen Gesichter sehen sollen, als wir ihnen verständlich machten, daß sie nun wieder nach Hause gehen konnten. Erst wollten sie es nicht glauben, bis wir wieder abzogen und sie erkannten, daß die „Barbaren" doch bessere Menschen sind, als ihnen erzählt worden war, denn sie glaubten, wir würden übel mit ihnen verfahren. Nun marschierten wir in gehobener Stimmung (denn ein verdammt unangenehmes Geschäft war es doch) nach Petrowatsch, einer Stadt von 15 000 Einwohnern, von denen die meisten geflohen waren, und bezogen dort Quartier. Der Serbe ist in vieler Beziehung klüger als der Russe, seine Städte und Dörfer schont er und zieht sich auf die Berge zur Verteidigung zurück. Beim Russen fand man überall nur rauchende Trümmerhaufen. Auch kann man hier von gewissen Wohlstand sprechen, denn der Boden ist schwer und trägt reich, das sieht man an den Maisfeldern und Weinbergen, sowie an dem reichen Viehstand. Nur daß die Industrie hier fehlt, macht es, daß keiner aus seiner Haut herauskommt. Jeder ist sein eigener Handwerker und baut selbst sein Lehmhäuschen, lebt von seinem Vieh und trinkt seinen Wein. Jetzt ziehen wir dem Morawa-Tal zu, wo voraussichtlich in 5—8 Tagen die Haupt- und Entscheidungsschlachten stattfinden, welche hoffentlich entscheidend für den ganzen Krieg sein werden; denn Zeit wird es wahrhaftig, das empfindet man doppelt, wenn man sich schon so wie ich im 16. Monat draußen herumtreibt. So nun hätte ich Euch für diesmal genug geschildert und will ich schließen, denn es ist nicht angenehm im Gefecht so zwanzigmal den Brief zu unterbrechen und einzupacken. Grüße bitte alle Bekannten von mir und sei auch Du, lieber Hannes, recht vielmals gegrüßt, hoffend auf recht baldiges Wiedersehen.

Dein Max.

wb. **Geschichte der Kunst des 19. Jahrhunderts.** In seinem fünften Vortrage über das obige Thema behandelte gestern abend Herr Professor Dr. Schaefer die realistischen Maler Frankreichs, von denen auch die deutsche Malerei viel profitiert hat. Den Fortschritt hat auch die französische Malkunst nicht den Akademieprofessoren, sondern den sich abseits haltenden Naturmalern zu danken. Diese gingen — von der Sehnsucht nach der Natur getrieben — hinaus aufs Land, lebten mit den Bauern, studierten sie und die Arbeiter und schufen dann ihre unsterblichen Werke. Drei Meister ragen da besonders heraus, die Professor Schäfer zum Gegenstand seiner Ausführungen machte. Millet, Courbet und Manet. Millets Ruhm wurde begründet zur Zeit der zweiten französischen Revolution als er 1848 sein erstes ländliches Bild, den Kornschwinger, im Salon ausstellte. Große Landschafter gab es vor ihm schon. Aber er schuf die Menschen zu den Landschaften und wurde so zu einem der größten Verherrlicher der Arbeit im Gebiete der Kunst. Er hatte auch eine ganz eigenartige Methode in seinem Schaffen, malte gegen das Licht und brachte so Farben und Schatten auf die Leinwand, die man bis dahin nicht gekannt. Ein Meisterwerk folgte dem andern. Aber erst in seinen letzten Lebensjahren wurde er anerkannt. Einem auch auf dem realistischen Gebiete schaffenden Zeitgenossen — dem noch größeren Meister — Gustave Courbet ging es nicht viel anders. Er brachte die gewöhnlichen Tagesmenschen auf die Leinwand. Seine Erstlingswerke „Die Steinklopfer", „Das Begräbnis zu Ornans" und „Badende Weiber" riefen auf Widerspruch, denn es lag Sozialismus in seinem Impressionismus, wie der Franzose das künstlerische Empfinden bezeichnet. Und für uns Sozialdemokraten hat Courbet noch besonderes Interesse, denn er war Kommunard. Auf seinen Antrag beschloß die Kommune im April 1871, die künstlerisch ganz wertlose Vendomesäule niederzureißen. Dafür starb er 1876 im Exil. Courbet übte einen großen Einfluß auf seine Schüler aus. Er lernte ihnen, die Menschen so zu studieren, wie sie die Natur darstellte. Er gab den Begriff, daß die Farbe etwas Wandelbares ist. Der dritte Meister, Manet, brachte das Volk der Weltstadt Paris in die Kunst. Er malte die Pariserin, die Büffetdame aus Folies Bergère und die Balletteuse, den Stutzer und die Studenten aus dem Quartier Latin. Einen gewaltigen Fortschritt habe die Malerei den drei Meistern zu danken. Eigentlich gebühre Zola das Verdienst, sie durch seine Kritiken durchgedrückt zu haben. Ihre Schüler brachten noch größere Wirkungen hervor. Und einige von ihnen wie Kaael, Liebermann usw. leben heute noch. Nach diesen Hauptmomenten der Einführung wurden zahlreiche Schöpfungen der drei großen Realisten im Lichtbilde gezeigt. Professor Schaefer erntete am Schluß für seine interessanten Worte lebhaften Beifall.

Das Museum für Kunst- und Kulturgeschichte sowie das Museum am Dom sind am Bußtag geschlossen. Die Kriegsbilder-Ausstellung im Museum zum Dom ist außer der üblichen Museums-Öffnungszeit täglich von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Oktober 1915. Befördert sind 1915: 977 972 Personen, 1914: 785 819 Personen, mehr 192 153 Personen. Eingenommen sind 1915: 101 567,45 Mk., 1914: 83 443,60 Mk., mehr 18 132,85 Mk. Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April bis 31. Oktober 1915. Befördert sind: 1915: 6 808 271 Personen, 1914: 6 646 712 Personen, mehr 161 559 Personen. Eingenommen sind: 1915: 724 220,31 Mark, 1914: 718 704,12 Mk., mehr 5 516,19 Mk.

Die Leoniden. Seit altersher sind die Sternschnuppen des November, deren Körperchen aus dem Sternbilde des „Löwen" (leo) ausstrahlen und nach diesem Leoniden heißen, bekannt; die Nachrichten darüber reichen bis in das Jahr 902 nach Chr. zurück. In unserer Zeit zeigen diese Sternschnuppen vom 13. bis 15. November ihr Maximum, L. v. Boguslawski stellte aber durch seine Untersuchungen schon im Jahre 1839 fest, daß der Leonidenstrom in jedem Jahre eine Verspätung erleide, daß er mithin in früheren Jahrhunderten um so weiter vor dem jetzigen Termin auftrat, je mehr man in die Vergangenheit zurückgelangt. H. A. Newton berechnete dann 1866 diese Verspätung zu einem Tage in 70 Jahren, ferner fand er, daß der Meteorstrom alle 33¼ Jahre zu großer Stärke anschwoll, also eine etwa 33jährige Periode zeigte, wie aus folgender Jahresreihe der von den Chronisten erwähnten Sternschnuppenfälle deutlich hervorgeht: 902, 931, 934, 1002, 1101, 1202, 1366, 1533, 1602, 1698, 1766, 1799, 1833. Newton schloß daraus auf eine Wiederkehr im Jahre 1866, die auch in ungeahnter Pracht in der Tat eintrat. Dagegen blieb der für 1899/1900 wiederum vorausgesagte große Sternschnuppenfall gänzlich aus, die großen Planeten hatten, wie man bald darauf ermittelte, den Leonidenschwarm so weit aus seiner bisherigen Bahn abgelenkt, daß die vorher alle 33¼ Jahre der Erde begegnende dichte Anhäufung nun nicht mehr mit dieser zusammentraf. Damit war eines der schönsten Naturschauspiele, die es gibt, verschwunden, denn zu Hunderttausenden schossen bei jenen Fällen die buntleuchtenden kosmischen Raketen rings am ganzen Himmelsgewölbe herab. Ueber die Herkunft der Leoniden stellte Schiaparelli Untersuchungen an, die zu dem Ergebnis führten, daß diese Meteore Teile des Kometen 1866 I sind. Wer die Leoniden beobachten will, benutze dazu möglichst späte Stunden, weil die Meteore gegen Morgen am zahlreichsten erscheinen; das Sternbild des „Löwen", zwischen dessen beiden Sternen Gamma und My der Ausstrahlungspunkt liegt, erscheint auch erst nach Mitternacht über dem östlichen Horizonte.

Kriegsküche Fackenburger Allee 10. Der Ausschuß für Kriegshilfe wird am Donnerstag, dem 18. ds. Mts. die Ausgabe von Speisen wieder aufnehmen und zwar werden von jetzt ab nur Gerichte geliefert, welche an Ort und Stelle in einer neu eingerichteten Küche hergestellt worden sind. Der Küchenzettel wird in täglicher Abwechslung kräftiges, einwandfrei hergestelltes zusammengekochtes Essen liefern. Für die nächste Zeit werden folgende Speisen zur Ausgabe gelangen: Kohl und Hammelfleisch, Pichelsteiner, Labskaus, Kartoffelsuppe mit Speck, Milchreis mit Kanel und Zucker, Rüben und Schweinefleisch, Wurstsuppe, Heringskartoffeln, Reissuppe mit Pflaumen, Gemüsesuppe mit Graupen, Wurzeln mit Schweinebauch, Schwarzsauer, Grünkohlsuppe. Der Preis für das Gericht beträgt 25 Pfg. Die Ausgabe der Speisen findet täglich, mit Ausnahme des Sonntags, von ½12 bis 1 Uhr mittags gegen Karten statt. Die Karten sind stets am Tage vorher zu lösen und werden im Geschäftszimmer Dankwartsgrube 20 und während der Essens-Ausgabe in der Kriegsküche Fackenburger Allee 10 ausgegeben. Der Ausschuß für Kriegshilfe hofft den erwerbstätigen Frauen durch diese Gelegenheit zur Entnahme fertigen Essens eine wesentliche Erleichterung in ihrer häuslichen Wirtschaftsführung darzubieten.

Liebesgabensendung. Die Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Liebesgaben, haben in der verflossenen Woche folgende Sendungen auf den Weg gebracht: nach Altona 4 Kisten Lebensmittel, nach Königsberg 6 Kisten Lebensmittel, nach Lötzen 2 Kisten Lebensmittel, nach Posen 1 Kiste Lebensmittel, nach Thorn 1 Kiste Lebensmittel, außerdem wurden 6 Kisten Lebensmittel und 30 Karton Zucker an den Landeskriegerverband und Liebesgaben an vier auf die Etappe ausrückende Lübecker abgegeben und 1 Postsendung abgefertigt. In den Räumen der Liebesgabenabteilung herrscht augenblicklich eine fieberhafte Tätigkeit. Viele Hände sind beschäftigt mit der Herstellung von Einzelpaketen und der Abgabe von Umhüllungen. Das läßt darauf schließen, daß unsere Bevölkerung sich in großem Umfange an der Weihnachtsspende für das Heer betätigen wird. Da jeder Soldat im 9. Armeekorps und dem ihm angegliederten Truppenteilen ein Weihnachtspaket erhalten soll, so kann es der Gaben nicht genug werden. Der äußerste Termin zur Anlieferung der Pakete in der St. Annenstraße 2 ist auf den 26. November verlängert. Also auf ans Werk, um unsern braven Feldgrauen eine Weihnachtsfreude zu bereiten.

Die Sammlung alter Gold- und Silbersachen usw. zum Besten der Hinterbliebenen unserer Krieger, die der Nationale Frauendienst Lübeck hier geleitet hat, nähert sich, wie man uns mitzuteilen bittet, ihrem Abschluß. Wer der Sammlung noch Spenden zugedacht hat, wird gebeten, sie bis Sonnabend, dem 20. ds. Mts. eine der Sammelstellen zu überweisen, da diese dann geschlossen werden. Mit dem Versand der Spenden nach der Scheideanstalt wird in den nächsten Tagen begonnen, nachdem sie von Herrn Direktor Schaefer einer Durchsicht unterzogen worden sind, um kunstgewerblich Wertvolles nicht einzuschmelzen. Sobald es möglich ist, den Wert der eingegangenen Spende festzustellen, wird öffentlich darüber berichtet werden. Sind alle Sammelbücher, etwa 200 an der Zahl, der Zentrale für die Sammlung, Roeckstr. 1a, wieder eingeliefert, so kann der Bedarf an Ringen festgestellt und die genügende Anzahl verschrieben werden. Wann und wo deren Ausgabe stattfindet, wird rechtzeitig bekannt gemacht.

Oeffentliche Bücher- und Lesehalle. Am Bußtage wird die Bücherausgabe von 11½ bis 1½ Uhr mittags, die Lesehalle bis 9 Uhr abends geöffnet sein.

pb. **Verhaftungen.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Wandsbek, der seitens des hiesigen Staatsanwaltschaft wegen schweren Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurde. — Festgenommen wurde ein Heizer eines im hiesigen Hafen liegenden Schiffes, der einem auf demselben Schiffe bediensteten Matrosen einen Siegelring gestohlen hat.

pb. **Sachbeschädigung.** Ein Gelegenheitsarbeiter, der in angetrunkenem Zustande vor Trinkhalle des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke aufgesucht hatte, zerschlug aus Ärger darüber, daß ihm der Aufenthalt dortselbst untersagt worden war, drei Fensterscheiben der Trinkhalle. Er wurde deshalb wegen Sachbeschädigung festgenommen.

pb. **Ermittelt** und festgenommen wurde ein Schlosser aus Rostock, der aus einer hiesigen Wagenhalle 8 messingene Ventile gestohlen und bei einem hiesigen Händler verkauft hatte.

pb. **Diebstähle.** Gestern nachmittag gegen 6 Uhr ist von einem Hausflur in der Fischergrube ein größerer leidlich gefertigter Kinderblockwagen aus Eichenholz gestohlen worden. — Von einem auf einem Hausflur in der Breiten Straße stehenden Fahrrade ist am 12. d. M. gegen 6 Uhr nachmittags eine Karbidlaterne gestohlen.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet Donnerstag, den 18. November von 5—7½ Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Hilprecht — Gasthof „Transvaal" — statt.

Hamburg. Der Hamburger Dampfer „Uranus" gestrandet. Wie aus Karlskrona gemeldet wird, stieß der Hamburger Dampfer „Uranus", Kapitän J. Bahr, mit Kohlen und Maschinenteilen von Hamburg nach Stockholm unterwegs, Sonntag nacht bei Haßlo in der Nähe von Karlskrona auf Grund. Der Dampfer zerbrach in schwerem Sturm. Die Besatzung traf hier ein.

Kiel. Gegen die Zurückhaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wendet sich in einem Aufruf der Vor-

tzende der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer, Graf Rantzau-Breitenburg. Nachdem zunächst bestritten wird, daß die Landwirte an der Preissteigerung schuldig sind, heißt es: Es muß nunmehr unsere Sorge sein, daß die falsche Meinung beseitigt wird, die Landwirte hielten ihre Erzeugnisse in der Absicht auf Erzielung höherer Gewinne zurück. Es müssen deshalb die in der eigenen Wirtschaft nicht benötigten Kartoffelmengen zum Verkauf gestellt und jedes Liter Milch und die sonstigen Erzeugnisse der Milchwirtschaft, die im eigenen Haushalt entbehrlich sind, an den Markt gebracht werden. Hier ist uns Gelegenheit geboten, zu zeigen, daß die Landwirte mithelfen wollen, so mancher besorgten Familie in der Stadt ihre Nahrungssorgen zu erleichtern. Ich fordere meine Berufsgenossen aber weiter auf, nachdem wir bereits in das zweite Kriegsjahr getreten sind, auch jetzt nicht zu erlahmen unter dem Druck der mannigfachen Verfügungsbeschränkungen und sonstigen Erschwerungen zum Teil schlimmster Art, sondern alles zu tun, um die Produktion auch hier in der Provinz auf der größtmöglichsten Höhe zu halten. — Wir wollen abwarten, ob das hilft.

Rendsburg. Die Gesamtsynode der schleswig-holsteinischen Landeskirche gegen den Lebensmittelwucher. Die hier tagende Gesamtsynode beschäftigte sich u. a. mit dem Lebensmittelwucher, der mit kräftigen Worten als eine sittliche Verwerflichkeit gebrandmarkt wurde. Alle Beteiligten wurden aufgefordert, sich dringend angelegen sein zu lassen, hier Abhilfe zu schaffen.

Bremen. Teuerungszulagen für die Arbeiter. Die Schiffsbau-Aktiengesellschaft „Weser" in Bremen hat ihren verheirateten Arbeitern, die spätestens am 1. Oktober d. J. bei ihr in Beschäftigung getreten sind, eine einmalige außerordentliche Kriegsbeihilfe in Höhe von 24—60 Mk., je nach der Anzahl der Kinder dieser Familien, gewährt.

Allerlei Wissenswertes.

Kalte Füße und Wärmestrümpfe. In der Berliner „Klinischen Wochenschau" gibt der bekannte Dermatologe Paul Gerson Unna in Hamburg unter dem Titel Kriegsaphorismen eines Dermatologen beachtenswerte Ratschläge zu dem Thema: Kalte Füße. Es werden damit nicht die „kalten Füße" gemeint, die auftreten, wenn man bei nassem und kaltem Wetter im Freien geht oder steht. Diese werden in erwärmten Räumen schnell wieder warm. Es gibt vielmehr zahlreiche Fälle, in denen die Leute „an echten kalten Füßen" leiden. Diese werden nur schwer wieder warm, die durch die Kälte erzeugte Blutlosigkeit des Fußes weicht bei ihnen nicht mehr einer erwärmenden Blutwallung. Dieses chronische Leiden ist wegen der Begleiterscheinung, die es auslöst, sehr unbehaglich und verdient daher ernsthaft behandelt zu werden. Alle echten kalten Füße werden sofort warm, wenn sie ohne Strümpfe in Filzpantoffel hineinfahren. Sie erzeugen also eine genügende Wärmemenge, um die Fußhaut zu erwärmen. Das Volk weiß dies und wickelt seine kalten Füße in Zeitungspapier. Die Ursache für die Dauerabkühlung der mit Strümpfen bedeckten Füße ist die Feuchtigkeit dieser. Nicht die von außen eindringende, sondern das gasförmige, aus der Haut ausgeschwitzte Wasser, das, durch Kondensation zu tropfbarem Wasser gemacht, die Strümpfe in feuchte, kühlende Umschläge verwandelt. Papier verhält sich anders, da die Feuchtigkeit aus ihm schneller verdunstet, der Fuß also trocken bleibt. Die Harzleimung, die dem Papier diese Eigenschaft verleiht, enthält vor allem Kolophonium. Zweck aller Leimung ist, die Wasseranziehungskraft zu vernichten. Man kann nun auf die gleiche Weise die Strümpfe „leimen" und dadurch sogenannte Wärmestrümpfe herstellen. Noch besser als Kolophonium ist Kollodium, und das Rezept, das Professor Unna angibt, lautet folgendermaßen: Kollodium 12, Kolophonium 4, Rizinusöl 4, Spiritus 16, Aether 64 Gramm. Die damit imprägnierten Strümpfe halten sehr warm, sind aber etwas hart wie Zwirnstrümpfe. Doch daran gewöhnt man sich leicht. Nun tragen aber auch die Stiefel, selbst die wasserdichten, dazu bei, den Fuß feucht oder kalt zu halten, da das Innenleder und die innere Zeugauskleidung viel Wasser ansaugen. Daher ist es wünschenswert, auch diese mit der Kollodiummischung zu tränken, indem man 30 bis 50 Gramm davon in den Stiefel hineingießt. Ebenso gut wirkt dafür Leinöl. Um eine gute Durchblutung der Fußhaut zu erzielen, die für die Wärmeempfindung Vorbedingung ist, sind weite Stiefel notwendig, die wenigstens eine Nummer größer sind als die richtig passenden. Um den zusammenziehenden Einfluß der Kälte auf die am Fußenkel sehr oberflächlich verlaufenden Blutgefäße anzuhalten, empfiehlt es sich, über die Strümpfe Fußwärmer — ähnlich den Pulswärmern — zu ziehen. Schließlich ist es noch wünschenswert, ergiebige Fußpflege zu treiben, soweit dies angängig ist, und die Fußhaut mit Fett einzureiben.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten".

Weihnachtsspende für das Heer.

Wieder naht der Winter und mit ihm das Weihnachtsfest, das Fest werktätiger Liebe und herzlichen Gedenkens.

Zum zweiten Male schon müssen es Deutschlands Söhne draußen, fern von der Heimat und von ihren Lieben, verleben.

Wir alle daheim gedenken ihrer in tiefer Dankbarkeit. Das wollen wir betätigen durch reiche Weihnachtsspenden!

Jeder Angehörige des Feldheeres soll eine Weihnachtsgabe erhalten. Die Heeresverwaltung hat verfügt, daß alle in einem Korpsbezirk gesammelten Liebesgaben auch den Truppenteilen und Formationen, die in diesem Korpsbezirk ihren Ersatztruppenteil haben, zugeführt werden sollen, und es wird dafür Sorge getragen werden, daß die Lübecker Weihnachtsgaben in erster Linie den Angehörigen des Regiments Lübeck und der anderen hier aufgestellten Truppenteile zugute kommen.

Hiernach werden viele Tausende von Weihnachtspaketen bereitzustellen sein; andererseits ist eine Beschränkung hinsichtlich der Größe und des Wertes geboten: das Einzelpaket soll etwa die Größe einer Zigarrenkiste haben; sein Wert soll 3 bis 4 Mk. nicht übersteigen.

Welche Gegenstände vornehmlich in Betracht kommen, wird in den Tageszeitungen bekannt gegeben werden. Von der Beigabe von Wollsachen — Strümpfe ausgenommen — ist abzusehen.

Pakethüllen können in der Zentrale vom Roten Kreuz, St. Annenstraße 2, entgegengenommen werden. Ebenda bitten wir auch die Pakete — und zwar bis zum **26.** November mittags — abzuliefern. Ein jedes Paket enthalte Namen und Adresse des Gebers nnd einen Weihnachtsgruß an den Empfänger!

Auch Geldspenden sind dringend erforderlich. Zu ihrer Annahme sind außer den Unterzeichneten alle Banken — Konto: „Weihnachtsspende für das Heer" — und die Geschäftsstellen der Zeitungen bereit.

Und nun bitten wir herzlich: Gebt schnell und reichlich!

Laßt uns zum Feste der Liebe den Brüdern draußen beweisen, daß die Heimat in Treue ihrer gedenkt!

Lübeck, im November 1915. 4454

Bürgermeister **J. H. Eschenburg.**

Konsul **Dimpker**, Wortführer der Bürgerschaft.

Die **Vorstände des Lübecker Landesvereins und des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz.**

Med.-Rat Dr. **Riedel.** Frau Senator **Strack.** **P. Hinckeldeyn.** Frau **Boldemann.** Geheimrat **Bielefeldt.** Landesrat **Illing.** **Ferd. Boldemann.** **Ernst Boie.** Konsul **Dimpker.** **H. G. B. Radbruch.** Senator Dr. **Vermehren.** Frau **Minna Behn.** Oberin **K. Braunschmidt.** Frau Dr **Görtz.** Vizeadmiral a. D. **Exz. Kühne.** **Frl. M. Rösing.** Polizeimajor **Grünweller.** Frau Oberst **v. Heynitz.** Frau Senator **Possehl.** Frau Senator Dr. **Vermehren.** Frau Professor **Zillich.**

Senator Dr. **G. Eschenburg.**

Dr. **H. Görtz**, Wortführer des Bürgerausschusses.

Die Militärkommission des Senates.
Senator Dr. **Neumann.** Reg.-Rat Dr. **Plessing.**

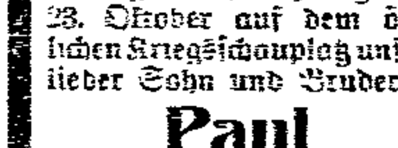
Der Territorialdelegierte der freiwilligen Krankenpflege.
Senator **Kulenkamp.**

Der Vorstand des Landeskriegerverbandes Lübeck.
Julius Heise. Rudolph Köhn. Johs. Schultz. Georg Erb.
A. Imholz-Schlutup.

Museum für Kunst- u. Kulturgeschichte. Museum am Dom.
Am Bußtag **geschlossen.**
Die Kriegsbild.-Ausstellung im Museum am Dom ist bis zum Sonntag, dem 28. d. Mts., außer der üblichen Museums-Oeffnungszeit **täglich** geöffnet von 11—1 Uhr. (4541

Allen Verwandten und Bekannten für die Geschenke und Aufmerksamkeiten zu unserer Silberhochzeit herzlichen Dank.
F. Willrath und Frau
4537) geb. **Düwel.**

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.
Am Freitag, 12. November, starb unser langjähriges Mitglied, der Klempner
August Krohne.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Beerdigung am Donnerstag, dem 18. November, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle Vorwerk aus.
Zusammenkunft der Kollegen um 2¼ Uhr beim „Weißen Hirsch". Um rege Beteiligung ersucht
4539) **Die Ortsverwaltung.**


Heute erhielten wir die traurige Nachricht, daß am 23. Oktober auf dem östlichen Kriegsschauplatz unser lieber Sohn und Bruder
Paul
im 20. Lebensjahre gefallen ist. Tief betrauert von seinen Eltern, Geschwistern und Angehörigen.
Heinrich Reimer u. Frau
geb. **Krause.** (4540

Arbeiter-Gesangverein „Frisch auf" Moisling.
Als weiteres Opfer des Weltkrieges fiel in Serbien unser treuer langjähriger Sangesbruder
Fritz Kroll.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
4536) **Der Vorstand.**

Für die Beteiligung u. Kranzspende bei der Beerdigung unserer lieben Mutter danken herzlich (4538
Familie Dierk.

Speise-Steckrüben billig zu verkaufen
4525) Triftstraße 17.

Gesucht Schuhmacher
Militärstiefel (Handarbeit).
4533 **Carl Holst**, Schuhfabrik, Altona, Friedensallee 2c.

Gesucht zu Ostern 1916
ein Setzerlehrling.
Buchdruckerei Werner & Hörnig, Königstraße 47. (4512

Guterhaltener Gasherd zu verkaufen. (4531
Glandorpstr. 5, II.

Herren-Winterpaletot und ein **Eckschrank** zu verkaufen.
4532) Reiferstr. 28 a, I.

Meine 2 angek. Ia. Ziegenböcke stehen zum Decken bereit. (4530
Fr. Jacobsen. Vorwerk, Bogenstraße 6a, früh. Tremskamp 19a.

Mache hierdurch bekannt, daß ich die Räucherei von Herrn **Külzen** übernommen habe. (4529
Ernst Dose, Tremskamp 15.

Aerztl. Sonntagsdienst
am 17. Nov. (Bußt.) von 1 Uhr ab:
Dr. Joël, Königstr. 10. (4527
Dr. Plessing, Pferdemarkt 14.
Dr. Fr. Christern, Karpfenstr. 4.

Henkel's Bleich-Soda für alle Küchengeräte
3659

Ragoda wäscht unübertroffen.
Es ist im Gebrauch bedeutend billiger als Seife. (2973

Am Mittwoch, dem 17. November, ist unser Lager Drehbrücke morg.
von 7—9 Uhr
für den
Platzverkauf
geöffnet. (4535
Bernhöft & Wilde.

Beachten Sie die Schürzenauslage Kohlmarkt 13. (4489

Gewerbegesellschaft.
Versammlung
am Donnerstag, 18. November, 8½ Uhr
für die Mitglieder u. deren Damen, im **Kolosseum**,
Herr **W. Schwiegershausen, Leipzig:**
Vortrag mit Lichtbildern. (4534
„Unsere Verbündeten des Islam."

Glasscheiben aller Art off.
O. Tauchnitz, Glashandlg., Hüxtertor-Allee 13. Fernr. 808. 4507

Volksküche. 4528
Mittwoch, den 17. November: Margrießsuppe, Gulasch und Kartoffeln.
Donnerstag, d. 18. November: Rübensuppe, Schweinefleisch u. Kartoffeln.
Freitag, 19. November: Biersuppe, Heringe mit Kartoffelmus und Zwiebeltunke.

Drucksachen aller Art
liefert schnellstens
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Stadttheater. 4526
Dienstag, 16. November 1915:
Einmaliges Gastspiel von
Carl William Büller
Anfang 8 Uhr:
Der Raub d. Sabinerinnen
Schwank von F. und Fr. von Schönthan.
Striese . . . . C. W. Büller.
Mittwoch, 17. November 1915:
Geschlossen.
Donnerstag, den 18. Nov. 1915:
Anfang 7 Uhr:
Tristan und Isolde.
Gr. Oper von Rich. Wagner.
Freitag, d. 19. November 1915:
Anfang 8 Uhr:
Zum letzten Male:
Johannisfeuer.
Schauspiel v. H. Sudermann.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. **Mühlenstraße 13.**
101 **Uebernahme ganzer Beerdigungen.**
Grösstes Lager in Särgen, Grabstücken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen
Einkleidungen jeder Art. * **Billigste Preise.**

Nr. 269
22. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag, den 16. November 1915

Erinnerungen an eine große Zeit.

Von Theodor Schwartz, M. d. R.

Die „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" kann am 17. November ds. Js. mit freudiger Zuversicht auf ihre fünfundzwanzigjährige Tätigkeit zurückblicken und nicht nur die „Generalkommission", auch die Mitglieder der deutschen, freien Gewerkschaften haben alle Ursache, diesen Tag nicht stillschweigend an sich vorüber gehen zu lassen. Der Tag ruft Erinnerungen mannigfacher Art wach. Wie lagen denn die Verhältnisse vor 25 Jahren auf gewerkschaftlichem Gebiete in Deutschland? Die während der Zeit des Sozialistengesetzes schwer drangsalierte Gewerkschaftsbewegung wurde auf Jahre hindurch unterbrochen. Die vor dem Sozialistengesetz bestandenen 26 Zentralverbände und 5 Lokalvereine mit einem in 130 Orten zählenden Mitgliederbestand von etwas über 49 000 Mitgliedern fielen dem Gesetz zum Opfer. Die Verbände der Buchbinder, Glasarbeiter, Gold- und Silberarbeiter, Maler, Lackierer und Vergolder, Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, Metallarbeiter und Klempner, Metallarbeiter, Reepschläger und Seiler, Sattler, Schmiede, Schneider, Schuhmacher, Stellmacher, Tabakarbeiter, Tischler, Töpfer und Zimmerer wurden verboten. Ferner wurden aufgelöst 39 Lokalgewerkschaften, 3 Zentral-Kranken-Unterstützungsvereine der Manufakturarbeiter, Schuhmacher und „Gewerkschafter" nebst 20 lokalen Unterstützungsvereinen. Das war der Siegeszug der grandiosen Bismarck-Puttkamerschen Politik, und alle Versuche, die Gewerkschaftsverbände und Vereine unter peinlicher Anpassung an die ausnahmegesetzlichen Bestimmungen wieder aufleben zu lassen, waren fruchtlos. Es folgten Verbote, Auflösungen und Gefängnisstrafen in ununterbrochener Folge auf jeden Versuch, den Zusammenschluß der beruflich gegliederten Arbeiter wieder herbeizuführen. Man muß diese Zeit miterlebt haben, um sich in die damaligen Verhältnisse hineinzudenken. Der jüngeren Generation ist es versagt, umsomehr hat gerade sie die heilige Verpflichtung, dessen eingedenk zu sein, daß sie heute auf den Schultern jener Männer und Frauen stehen, die diese Sturm- und Drangperiode haben mit durchkämpfen müssen, denn diese Männer haben gesiegt. Während ihre politischen Widersacher, Bismarck und Puttkamer, geschlagen das Kampffeld verlassen mußten, sind die Gewerkschaften gleich einem Phönix strahlend aus der Asche zu neuem Kampf und neuem Sieg emporgestiegen. Hier setzt die Geschichte der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" ein.

Da alle Organisationsbemühungen der Gewerkschaften, wie schon angedeutet, erfolglos blieben, konnte ein Zusammenschluß der einzelnen Berufe nur noch auf der Grundlage des örtlichen „Fachvereins" erfolgen. Dieser Notbehelf genügte und mußte vorerst auch genügen. Da nun aber in dieser Zeit der Verbote und Auflösungen auch eine schwere Krisenzeit auf wirtschaftlichem Gebiete eintrat, die die Unternehmer veranlaßte, die Löhne herabzusetzen und da zugleich auch die Bismarcksche Zollpolitik eine Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter herbeiführte, griffen die Arbeiter zu Abwehrmaßregeln. Es begann eine Periode der Streiks und Aussperrungen wie noch nie. Die Situation wurde noch bedeutend verschärft durch den Zusammenschluß großer Unternehmergruppen zu Kartellen, Syndikaten und Trusts. So standen sich Ende der achtziger Jahre vergangenen Jahrhunderts zwei mächtige wirtschaftliche Heerlager kampfbereit gegenüber.

Am schwersten hatten die Gewerkschaften der Eisen- und Metallarbeiter unter diesen unerquicklichen Zuständen zu leiden. Sie standen mit ihren, über das Land zerstreuten Fachvereinen und leeren Kassen den kapitalkräftigen Magnaten der Schwer-Eisenindustrie machtlos gegenüber. Die mächtigen Herren der Eisenindustrie im nördlichen Belagerungsgebiet, in Hamburg, Altona, Ottensen, Wandsbek, Harburg und später auch Hannover, Braunschweig, Kiel, Flensburg und Stettin, beabsichtigten nichts weniger, als den Eisen- und Metallarbeitern die einzige ihnen gebliebene Waffe, den Arbeitsnachweis, aus den Händen zu reißen, und als die Arbeiter sich diese langjährigen, zur beiderseitigen Zufriedenheit funktionierenden Einrichtungen nicht nehmen lassen wollten, kam es zu jenen massenhaften Aussperrungen, die die ganze Arbeiterwelt in Aufregung versetzte.

Ein während der Weihnachtstage 1888 zu Weimar tagender Kongreß der Eisen- und Metallarbeiter Deutschlands beschloß, nach einer Beratung über Organisationsfragen, die einmal bestehenden beruflichen Fachvereine derart zu zentralisieren, daß jeder Berufsgruppe ein Vertrauensmann beigegeben wurde.. Er nahm Abstand davon, sich auf den Boden des Entwurfes einer gemeinsamen Zentrale für alle Gewerkschaften", der dem 1878 zu Magdeburg geplanten, jedoch durch die Attentate verhinderten Gewerkschaftskongreß vorgelegt werden sollte, zu stellen. Dieser Entwurf sah Kartellverträge zwischen den Verbänden zur gegenseitigen Unterstützung vor.

Diese oben erwähnten Vertrauensmänner waren: Martin Segitz (Fürth), Metallarbeiter; C. Breder (Nürnberg), Schlosser; Theodor Schwartz (Lübeck), Former; E. Goldbach (Leipzig), Gold- und Silberarbeiter; Wilh. Metzger (Hamburg), Klempner. Sie hatten die Aufgabe, das Streik- und Unterstützungswesen zu regeln, die Agitation planmäßig zu leiten und das Solidaritätsgefühl der Kollegen zu wecken und zu stärken.

Diese Vertrauensmännerkommission kann man mit Fug und Recht als die Vorläuferin der heutigen Generalkommission ansprechen. Es wird mir gestattet sein, einen kleinen Beitrag über die Tätigkeit ihrer Mitglieder aus meiner eigenen Praxis zum besten zu geben. Als Vertrauensmann der damals im erheblichen Umfange am wirtschaftlichen Kampfe beteiligten Former und Gießereiarbeiter hatte ich eine schwere Aufgabe zu erfüllen. Um Ordnung sowohl in die Reihen der Ausgesperrten als auch in der Verteilung der auf Sammellisten eingehenden Gelder — weiter gab es damals keine Möglichkeit, Gelder aufzubringen — zu bringen, versandte ich ein Rundschreiben an alle mir bekannten Former-Fachvereinsvorstände mit dem Ersuchen, alle zur Unterstützung streikender und ausgesperrter Kollegen gesammelten Gelder an meine Adresse in Lübeck zu senden. Das Schreiben hatte Erfolg und bald konnte ich mit einer geordneten Verteilung der Gelder an die verschiedenen Streik- und Aussperrungsorte beginnen. Da aber Monate auf Monate vergingen und auch am Ende des Jahres 1889 noch keine Aussicht auf eine baldige Beendigung dieses schweren Kampfes vorhanden war, wurde der Geldzufluß in meiner Kasse von Tag zu Tag geringer und drohte bald ganz zu versiegen. Der Winter stand vor der Tür, die Not unter den auf der Straße liegenden Kollegen war sehr groß. Die mit einem Raffinement ausgeklügelten „schwarzen Listen" verhinderten jede Möglichkeit, durch Uebertritt in einen anderen Beruf Arbeitsgelegenheit zu finden. Dazu das drohend über unseren Häuptern schwebende Damoklesschwert des Ausnahmegesetzes. Was war zu tun, um die so oft und glänzend bewiesene Solidarität der Former aufs neue zu beleben? Mir blieb keine Wahl, ich mußte die Fachvereinsvorstände zu einer kurzen Tagung zusammenberufen. Da aber die Geschichte unter Umständen sehr gefährlich war, mußte ich mit großer Vorsicht vorgehen. Ich meldete mich in Dessau zu einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung an und schrieb nun an jeden einzelnen Fachvereinsleiter, er möchte zu dem und dem Sonntag vormittags in einer bestimmten Gastwirtschaft zur Entgegennahme einer vertraulichen Mitteilung in bezug auf die Streiklage möglichst frühzeitig erscheinen. Reisekosten und Zehrgeld wurden zugesichert. Da die Dessauer Kollegen von diesem Plane nicht unterrichtet waren und nur mein Erscheinen zu der Metallarbeiterversammlung erwarteten, war die Sache ganz harmlos. Ich traf Sonnabend vormittags in Dessau ein, setzte den Gastwirt, einen bewährten Genossen, in Kenntnis über das, was kommen sollte und veranlaßte ihn, den Vertrauensmann der Partei zu rufen, um mit beiden ein geeignetes Lokal für die geheime Zusammenkunft zu suchen. Ein solches wurde denn auch in einem einsamen außerhalb der Stadt gelegenen Schieß- oder Schützenhaus gefunden. Als dann der Abend kam, kamen sie aus allen Richtungen der Windrose in Dessau an. Die ganze Nacht hindurch dauerte der Zuzug der fremden Gäste und da die Wirtschaft keine Schlafgelegenheit bot, weiß ich noch heute nicht, wie das Unterkommen beschafft worden ist, denn alle, die ich gerufen, waren bis auf den letzten Mann gekommen. Von Mannheim, Ludwigshafen, Nürnberg, von Kölln und Meinz, Hannover, Braunschweig, Kassel, von Leipzig, Dresden, Breslau, Görlitz, von Stettin, Danzig und Königsberg, und nicht zu vergessen aus dem nördlichen Belagerungsgebiet Hamburg, Altona, Ottensen, Wandsbek und Harburg, sowie aus Kiel und Flensburg und anderen Orten waren sie herbeigeeilt. Den andern Morgen ging es in Gruppen, unter Leitung der Dessauer Parteigenossen hinaus nach dem Versammlungslokal. Es war bitter kalt. Und da in dem Lokal weder geheizt werden konnte noch Wirtschaftsbetrieb vorhanden war, war der Aufenthalt nichts weniger als gemütlich. Dies hatte aber den nicht zu unterschätzenden Vorzug, lange Reden zu verhindern, denn nachdem die Dessauer Genossen nach kriegsmäßiger Erfahrung eine Postenkette im weiten Bogen um das Lokal gestellt, etwaige Zuzugszüge zu meiden und ich den Zweck der Zusammenkunft sowie die Streiklage und die bittere Notwendigkeit, weitere Geldmittel aufzubringen, klargelegt hatte, wickelte sich die Erörterung über die zu ergreifenden Maßnahmen schnell ab und wir konnten noch vor Mittag an wärmenden Oefen und zum Essen die erstarrten Gliedmaßen wieder in Ordnung bringen. Dann kam am Nachmittag die überfüllte Metallarbeiterversammlung, und da die Former von jeher gewöhnt sind, aus ihren Herzen keine Mördergrube zu machen und in ihrem Idiom reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist, frug mich der überwachende Polizeileutnant, was das für fremde Leute seien? Da ich ihm als Landfremder keine Auskunft zu geben vermochte, meinte er, die Versammlung sei sehr interessant. Mit den Abendzügen verschwanden die fremden Gäste lautlos wie sie gekommen waren. Der Zweck war erreicht, die Geldquellen sprudelten wieder reichlich und für mich fiel der Spitzname der „Formerkönig" ab. Nun, ich habe mich redlich bemüht, die mir übertragene Würde mit Anstand zu repräsentieren und selbst in den Kreisen der Eisengießereibesitzer und deren Preßorganen wurde meine Würde restlos anerkannt.

Wenn nun auch der mehr als verwegene Plan geglückt war, so durfte er seiner Gefährlichkeit halber doch nicht wiederholt werden, und so kam es, daß sich bald die fünf Vertrauensmänner wieder entschließen mußten, gangbarere Wege zu finden, zumal da nach den Reichstagswahlen von 1890 die begründete Aussicht vorhanden war, daß nach dem bevorstehenden Fall des Sozialistengesetzes etwas mehr Bewegungsfreiheit Platz greifen werde. Inzwischen hatte sich aber die Situation durch die Vorgänge bei der erstmaligen Maifeier verschärft. Durch eine nicht ganz richtige Auffassung des Beschlusses des Pariser Sozialisten- und Arbeiterkongresses von 1889, sowie durch das Fehlen einer einheitlichen Regelung durch die die Parteibewegung leitende Reichstagsfraktion war es dahin gekommen, daß große, bedeutende Parteiorte den Beschluß gefaßt hatten, den 1. Mai als Ruhetag zu begehen und so kam es, daß das Unternehmertum, einmal, um ihre Wut an die feiernden Arbeiter auszulassen, dann aber auch, um ihre während der Krisenzeit bis unter das Dach vollgestopften Warenlager in Ruhe an den Mann zu bringen, die maifeiernden Arbeiter überall aussperrte. Wer sich der damaligen Zeit erinnern kann und vor allem, wer sie miterlebt und ihre niederdrückende Schwere am eigenen Leibe gekostet hat, wird heute mit Stolz an sie zurückdenken, denn nun lagen nicht nur die Tausenden Former der Eisen- und Metallgießereien auf der Straße, jetzt kamen auch die Tausenden Arbeiter anderer Gewerkschaften hinzu, und damit nicht genug, es schossen nun auch die vielen mit zäher Bitterkeit im Interesse der ausgesperrten Kollegen geführten Sympathiestreiks empor. Es war ein Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete, wie er noch nie dagewesen war. Und wieder trafen die „Fünf" zusammen, um zu beraten, was zu tun sei. Es wurde ein Beschluß dahin gefaßt, einen Aufruf an sämtliche Gewerkschaftsvorstände zu erlassen. Der Aufruf wurde am 17. August 1890 in folgendem Wortlaut veröffentlicht:

An die
Vorstände resp. Zentralkommissionen,
Vertrauensmänner und sonstigen Leiter
sämtlicher Gewerkschaften Deutschlands.

Werte Genossen! Angesichts des in jüngster Zeit erfolgten engen Zusammenschlusses des Unternehmertums in lokalen und zentralisierten Verbänden zwecks Bekämpfung bezw. gänzlicher Vernichtung des ohnehin schon so beschränkten Koalitionsrechtes der Arbeiter, sehen sich die unterzeichneten Vertrauensmänner der Metallarbeiter-Branchen veranlaßt, in einer gemeinschaftlichen Zusammenkunft die Frage zu erörtern:

„Wie können die Arbeiter diesen Unternehmerkoalitionen am wirksamsten entgegentreten?"

Das Resultat dieser Erörterung war vorläufig folgendes: den resp. Gewerkschaftsvorständen usw. die Fragen zu unterbreiten:

1. Ob es nicht dringend notwendig sei, demnächst eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaftsorganisatoren einzuberufen?
2. Diese Konferenz mit dem in der Woche vom 12. Oktober ds. Js. in Halle a. S. stattfindenden Parteitag zu verbinden.

Letzteres schien aus dem Grunde empfehlenswert, weil zweifellos eine Anzahl von Gewerkschaftsleitern auf diesem

---

Im Hirtenhaus.

Eine oberfränkische Dorfgeschichte von Heinrich Schaumberger.

I.

Im Hirtenhaus.

Hirtenhaus! Wie unschuldig, ja fast anheimelnd das Wörtchen klingt! Unwillkürlich denkt man dabei an ein malerisches altes Häuschen, ein wenig verfallen und altersgrau zwar, aber doch nett, wohnlich, heimlich. Vordem Häuschen umschließt eine lebendige Hecke von Hagebutter und Kreuzdorn ein sauberes Gärtchen: nett, wohnlich, heimlich. Vor dem Häuschen umschließt ein Lebenbaum nistet die Grasmücke, unter dem weit vorspringenden Dach hat sich die Schwalbe angesiedelt und hält gute Nachbarschaft mit dem Rotschwänzchen, nur die Spatzen, die sich in den Löchern der baufälligen Giebelwand festgesetzt, stören dann und wann den Hausfrieden. Daneben streckt ein alter Nußbaum seine sparrigen Aeste hoch in die Luft und breitet sie über das Häuschen, als wollte er es beschützen vor Unbill des Wetters und Windes. Auf dem Bänkchen vor der Haustür sonnt sich ein Alter, aus dessen runzelvollem Gesicht ein paar helle Augen klug und zutraulich in die Welt blicken; oft nickt er wohl auch dem Hund zu, der seinen Kopf auf des Herrn Knie legt, und streichelt ihm das zottige Fell. Lugt dann noch ein blühendes Mädchengesicht verstohlen durch die halb offene Haustür, dann ist das Bild ländlicher Stille, befriedeten Glückes vollendet.

Aber wie wenig entspricht dem die Wirklichkeit, wie verschwinden all die heiteren Bilder, sobald man weiß, das Hirtenhaus ist das Armenhaus des Dorfes, der Sammelplatz alles Elendes, der Aufenthalt der Verkommenen, auch der Verworfenen. „Ins Hirtenhaus!" — Begreifst du nun die Bedeutung der kleinen Wörtchen? Verstehst du, was sie für den, dem sie gelten, besagen? — —

* * *

Der Kuckuck in der Schwarzwälderuhr rief eben die dritte Morgenstunde an.

Ein tiefer Seufzer in der dunklen, kalten Kammer übertönte das Rasseln und Rauschen des Schlagwerks, und eine unterdrückte Männerstimme flüsterte: „Margelies, Margelies!" Eine Weile erfolgte keine Antwort, als aber der Name ängstlicher wiederholt ward, klagte eine Frau: „Laß mich, den Alp, der mich drückt, vertreibt kein Anruf! — — Schon drei! — Großer Gott im Himmel, und heute noch ins Hirtenhaus!" Heftiges Weinen brach die Stimme.

In der anderen Ecke ward es ebenfalls lebendig, ein Kinderstimmchen wisperte: „Marie, Mariele! — Hast den Kuckuck gehört?"

„Mehr wie du," war die wichtigtuende Entgegnung. „Schon um zehn, elf, zwölf, eins, zwei und jetzt wieder. Siehst du, ich hab' ihn nun einen ganzen Tag vorausgehört. — Ach, unser armer Kuckuck!"

„Warum geht er nicht mit?"

„Bist dumm! Weißt nicht? Er wird ja verkauft!"

„Ach, unser armer, armer Kuckuck," jammerte das Kind. Gelt Mariele, das ist gar nicht wahr? Gelt, unser Kuckuck wird nicht verkauft?"

„So sei doch still," suchte Marie zu beschwichtigen. „Ach Gott, wenn's mit dem Kuckuck allein abging! Sei still, heul' nicht, die Eltern haben so Kummer genug. Gib acht! — Wenn unser Kuckuck fortgetragen wird, passen wir auf, wo er hinkommt, nachher stellen wir uns vors Haus, da hören wir ihn alle Tage."

„Aachele — wir hören unsern Kuckuck alle Tag'!"

Die Mutter jammerte, der Vater schluchzte, und die erschrokkenen Kinder stimmten laut in das Weinen ein. „Lorz, Lorz, so rede was," klagte die Frau. „Du bist der Mann, hast du keinen Trost?"

„Ja, ja, Margelies," war die Antwort, „gleich, gleich doch!"

Leise verließ der Vater das Bett, tastete sich zu den Kindern — auch ein drittes war erwacht — und redete ihnen freundlich zu: „Seid still, Kinderle, schlaft ruhig! Wird der alte Kuckuck verkauft, was tut's? Dafür schaff' ich euch einen neuen, viel, viel schönern!"

Die beiden Kleinen beruhigten sich, das Wasser stand ihnen noch in den Augen, und schon patschten sie vor Freude in die Händchen, schliefen auch richtig bald ein. Nicht so Marie. Heftig schlang sie ihre Arme um den Hals des Vaters und flüsterte ihm ins Ohr: „Wenn ich aus der Schule bin, dien' ich und verdiene viel, viel Geld. Und alles geb' ich Euch — aber gelt, eines tut Ihr — Ihr kauft den alten, guten Kuckuck wieder? — Gelt, den alten?"

„Ja, ja, freilich", flüsterte Lorenz, den diese Worte fast wieder außer Fassung gebracht hätten. „Du bist ein brav's Mädle! Aber schlaf! — Um acht geht die Schule an, und du weißt, jetzt mußt du doppelt auf dem Zeug sein."

Die Mutter saß noch aufrecht im Bett, hatte das Gesicht in die Hände gelegt, und die Tränen tröpfelten ihr durch die Finger. Lorenz versuchte vergeblich ihre Hände wegzuziehen, was er auch sagte, sie wollte sich nicht trösten lassen, blieb fest dabei: „Und wenn zehnmal unschuldig, danach fragen die Leute nicht!"

„So brauchst du dich auch nichts um sie zu kümmern. Kommt keine Krankheit und Schwäche über mich, will ich sorgen, daß wir nicht lange im Hirtenhaus bleiben."

„Drin waren wir doch," rief Margelies und rang die Hände, „wenn auch nur einen Tag, eine Stunde; kein Mensch kann das wieder von uns wegbringen. Mir ist's nicht um mich; könnt' ich's allein auf mich nehmen, kein Wort käme über meine Lippen — mich jammern ja nur unsere Kinder! Auch die, und sie besonders, sind verschimpft für's ganze Leben, werden verspottet, wo sie sich sehen lassen, verachtet, gemieden von jedem. Dazu müssen sie sich hudeln und herumstoßen lassen, sollen ausfressen, was andere einbrocken, da ist überhaupt nichts zu schlecht, nichts zu schändlich — ihnen wird's zugemutet, sie sind ja aus dem Hirtenhaus! Bis heut' war es meine Lust, die Kinder in Ehrbarkeit und Rechtschaffenheit großzuziehen, nun ist alle Mühe umsonst, im Hirtenhaus werden sie bald an Leib und Seel' verderben. Ach, und wenn die Kinder umschlügen! — Eh' ich das erleb', eh' wollt ich, ich wär' gestorben!"

Lorenz hatte seine Margelies gewähren lassen, was sollte er auch erwidern? Nur ihr letztes Wort war ihm zuviel. Er ließ ihre Hände los und sagte streng: „So, das ist deine ganze Weisheit? Meinst du nun wirklich, damit sei etwas gebessert und besonders den Kindern geholfen? — Margelies, du dauerst mich, daß du im Jammer alles vergißt und nur allein an dich denkst. Von mir nicht zu reden, was soll aus den Kindern werden, ging dein Wort in Erfüllung?"

„So war das gar nicht gemeint," weinte Margelies.

„Drum eben ist's doppelt unrecht! Wir sind die Kinder ja fest ans Herz gewachsen als dir, ich weiß auch, was ihnen im Hirtenhaus droht — aber mit Klagen und jämmerlichen Reden ist da nichts geholfen. Nimm dich zusammen, Margelies, daß wir nicht gänzlich zuschanden werden. Je mehr Schlechtes die Kinder im Hirtenhaus hören und sehen, desto eifriger müssen wir ihnen ein gutes Beispiel vor Augen führen, müssen die Kinder behüten wie Augäpfel. — Margelies, das ist ein Großes, aber wenn wir's zwingen, und mit Geduld und Standhaftigkeit müssen wir's zwingen — auch im Hirtenhaus sollen die Kinder gedeihen — dann können wir einmal getrost die Augen zutun. — Du glaubst mir nicht? — Ja, den Kopf müssen wir freilich oben behalten, sonst geht das nicht. Merk' dir doch, ein unverschuldet Unglück ist kein rechtes Unglück, wenn wir's nicht dazu machen, und wer treu seine Schuldigkeit tut, kann nicht gänzlich zuschanden werden!"

Margelies schluchzte, tastete aber doch nach ihres Mannes Hand und sagte: „Hab' Geduld mit mir, Lorenz! Es war schlecht von mir, so zu reden — es soll nicht wieder geschehen. — Es ist ja wahr, solange wir frisch und gesund zusammen sind, dürfen wir nicht klagen!"

„So höre ich dich gern — halt aber auch daran fest! Dein Herz wird dir noch manchmal schwer, arg schwer werden — mein' dich aus in der Nacht oder geh' abseits; am Tag zeig' ein fröhliches Gesicht, ich tu's auch, so sauer mir's ankommt. Merk's, das

Parteitage als Delegierte anwesend sein würden und somit viel Zeit und Geld gespart werden würde.

Daß wir zu diesem vorläufigen Ergebnis gelangt sind ist dadurch zu erklären, daß wir uns sagten: eine wirksame Verteidigung gegen die Angriffe des protzigen Unternehmertums wird nur durch ein

einmütiges Handeln sämtlicher in Gewerkschaften organisierten deutschen Arbeiter

möglich sein. Die Metallarbeiter vermögen dies ebensowenig allein, als eine andere alleinstehende Gewerkschaft, und wäre dieselbe noch so vortrefflich organisiert. Dafür galten uns zunächst die zurzeit noch nicht beendigten Kämpfe der gesamten Unternehmerschaft gegen die Arbeiter in Hamburg als zutreffendes Beispiel.

Da nun eine Anfrage über unseren Vorschlag bei einigen bekannten Gewerkschaftsleitern lebhafte Zustimmung fand, sehen wir uns veranlaßt, ohne noch weiter viel Zeit zu vergeuden, sofort die obigen Fragen der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Es ist notwendig, daß die resp. Gewerkschaftsvorstände sich baldmöglichst darüber klar werden, ob sie geneigt sind, dem obigen Vorschlage beizutreten und spätestens bis zum 1. September dss. Js. ihre Antwort an den mitunterzeichneten Vertrauensmann, Klempner

W. Metzger, Hamburg, Metznerstraße 5,

gelangen zu lassen, behufs Einleitung der weiteren zu einer derartigen Konferenz nötigen Vorarbeiten.

Einer allseitig zustimmenden Beantwortung unserer obigen Fragen entgegensehend, zeichnen mit Gruß und Handschlag

Die Vertrauensmänner der Metallarbeiter Deutschlands.

M. Segitz-Fürth i. B., C. Breder-Nürnberg, E. Goldbach-Leipzig, Th. Schwartz-Lübeck, W. Metzger-Hamburg.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Am 6. September 1890 wurde dann von den Vertrauensmännern der Metallarbeiter mitgeteilt, daß die für Oktober in Halle a. d. Saale geplante Gewerkschaftskonferenz auf mehrfachen Wunsch habe vertagt werden müssen und erst am 16. November in Berlin in den „Arminsälen" in der Kommandantenstraße stattfinden werde.

In einer weiteren, vom Genossen Segitz unterm 17. September veröffentlichten Mitteilung wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei der geplanten Zusammenkunft nicht um einen Gewerkschaftskongreß handele, sondern nur um Einladungen an die Vorstände und Geschäftsleitungen, wie sie z. B. bei den Maurern üblich seien, so daß an die für ganz Deutschland fungierenden Vertrauensmänner, und weiter an Abgeordnete der in Sachsen, Württemberg und Bayern bestehenden Landesversammlungen und Vertreter der Gewerkschaftskartelle in Berlin, Leipzig usw. Auch solle die Konferenz nur zur Vorberatung für die auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß zu erörternden Fragen dienen, und außerdem Normen für die gewerkschaftlichen Organisationen aufstellen sowie ein einheitliches Vorgehen bei Arbeitseinstellungen, Arbeitsausschlüssen und ähnlichen Bewegungen in die Wege leiten. Die Konferenz solle nur solche Fragen erörtern, die auf die Organisation Bezug hätten, so daß sich jede Gewerkschaft offiziell vertreten lassen könne. Alle Ansichten und Wünsche sollten, in einem Gutachten zusammengefaßt, dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß unterbreitet werden.

Am Sonntag, dem 16. November 1890, trafen die zu der Konferenz delegierten Gewerkschaftsvorstände usw. in einer Zahl von 74 — darunter 9 Frauen — in den „Arminhallen" in Berlin ein. Mir, als „bemoostem Haupt", fiel die ehrenvolle Aufgabe zu, die für die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland so überaus bedeutungsvolle Versammlung zu eröffnen und die Bureauwahl vollziehen zu lassen. Die Tagesordnung lautete: 1. Stellungnahme der Gewerkschaften zu den Streiks und die eventuelle gegenseitige Unterstützung derselben; 2. Stellungnahme der Gewerkschaften zu den Unternehmer-Koalitionen und deren Vorgehen gegen die Arbeiterorganisationen; 3. Die Organisationsfrage im allgemeinen, und 4. Ernennung einer Kommission zur Einberufung eines allgemeinen Gewerkschaftskongresses. Als Vorsitzende wurden gewählt: Pfannkuch-Kassel und Segitz-Fürth, als Schriftführer Breder-Nürnberg und Schwartz-Lübeck. Die am Montag fortgesetzte Beratung endete mit der en bloc-Annahme nachfolgender Entschließung:

„In Erwägung, daß die lokale Organisation als erste Form derselben den heutigen Produktionsverhältnissen nicht mehr entspricht, die wirtschaftliche Notlage des Arbeiterstandes vielmehr die Zusammenfassung aller Kräfte dringend erheischt, erklärt die Konferenz die zentralistische Organisationsform als die zurzeit allein richtige. Die Konferenz empfiehlt daher allen bestehenden Lokalvereinen, sich der betreffenden Zentralisation anzuschließen.

In weiterer Erwägung, daß die Unternehmerorganisationen, wie solche sich uns in der Gegenwart darbieten, eine schwere Gefahr für das Bestehen auch dieser zentralistischen Organisation bieten, hält die Konferenz ein Zusammengehen dieser Organisationen zum Zweck der Verteidigung des Organisationsrechtes der Arbeiter und zur Kräftigung dieser Zentralorganisationen für dringend geboten.

In weiterer Erwägung, daß ein Zusammengehen der Organisationen auf statutarischer Grundlage zu angegebenem Zweck schon jetzt, angesichts der im Werden begriffenen Gewerbeordnungsnovelle, nicht ratsam erscheint, empfiehlt die Konferenz: die zentralisierten Gewerkschaften treten nach Bekanntwerden der Gewerbeordnungsnovelle zu einem allgemeinen Gewerkschaftskongreß zusammen, um entsprechend den Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle Normen für ein Zusammenwirken dieser Organisationen aufzustellen.

Lokalorganisationen in Staaten, welche gesetzlich verhindern, sich der Zentralisation anzuschließen, können sich auf dem Kongreß durch gemeinsame Delegierte vertreten lassen."

In der hierauf erfolgenden Wahl der Kommission wurden A. Dammann-Hamburg, Adolf v. Elm-Hamburg, C. Legien-Hamburg, Th. Glocke-Berlin, Karl Kloß-Stuttgart, Theod. Schwartz-Lübeck und Frau Emma Ihrer-Velten gewählt.

Die Kommission konstituierte sich sofort nach Schluß der Versammlung unter der Bezeichnung: „General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands", mit dem Sitz in Hamburg und wählte als Vorsitzenden Carl Legien, als Kassierer A. Dammann-Hamburg. Sie stand vor einer schweren Aufgabe, sie konnte wegen ihrer Armut den an sie gestellten Anforderungen nicht genügen. Der Titanenkampf erforderte Riesensummen. In ihrer ersten Abrechnung Ende Dezember 1890 konnte sie nur über eine Einnahme von 1208 Mark berichten. Ein kleiner Tropfen auf einem heißen Stein. Wie es ihr möglich geworden, sich aus dieser niederdrückenden Situation zu retten und zu ihrer jetzigen Machtstellung emporzuringen, das zu schildern, steht außerhalb meiner jetzigen Aufgabe. Ich wollte nur zu Ehren des 25. Geburtstages der Generalkommission meine Erinnerungen an jene Sturm- und Drangperiode auffrischen und dadurch den jüngeren Genossen begreiflich machen, wie unsäglich schwer der Aufbau der heute so machtvollen Gewerkschaftsbewegung gewesen ist, und sie zur Anfeuerung, zum kräftigen Weiterbau anspornen.

Ein herzliches „Glück auf" der in einer großen Zeit geborenen Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

h. Lübeck, 15. November.

Die Sitzung wird um 6 Uhr 25 Minuten vom ersten stellvertretenden Wortführer Dr. Benda eröffnet.

1. Antrag: Bau eines neuen Leichenhauses beim Allgemeinen Krankenhaus.

2. Antrag: Herstellung eines Verbindungsgleises zwischen der Uferbahn und der Ueberlandzentrale Lübeck A.-G.

werden ohne Debatte endgültig angenommen.

3. Antrag: Instandsetzung der Stadthalle.

Albers betont, daß diese Vorlage großen Unmut hervorgerufen habe. Schon bei Bewilligung der 100 000 Mk. habe man mißbilligende Stimmen gehört, obwohl damals der Senat erklärte, daß dadurch eine Bindung nicht erfolge. Jene Senatserklärungen fielen heute völlig in sich zusammen. Redner spielt ferner auf eine gewisse hiesige Bankfirma an und fragt ob die Verfassung keine Handhabe biete, um derartige Ankäufe zu verhindern. Es wäre vielleicht besser, die 100 000 Mk. ganz fahren zu lassen.

Löwigt: Ich bin der Meinung, daß diese Vorlage eine der bedauerlichsten ist, die je an die Lübecker Bürgerschaft gelangt ist. Weniger wegen der Höhe der Forderung, sondern weil sie das erste Glied in einer langen Kette von Forderungen bildet, die vielleicht auf unser Staatswesen recht unangenehm drücken wird. Als wir uns am 16. September 1907 mit der Hergabe einer Hypothek beschäftigten, handelte es sich darum, daß wir die Stadthalle pachten sollten, um sie zu Theaterzwecken benutzen zu können. Wir haben dann später erlebt, daß es auch ganz gut ohne Stadthalle ging. Weiter haben wir aber auch gesehen, daß die Pachtung finanziell ungünstig auf den Betrieb des Stadttheaters wirkte und daß die Stadthalle für jeden Besitzer und Pächter ein Kreuz gewesen ist. Jeder war froh, wenn er halbwegs glimpflich wieder davonkam. Nach diesen stadtbekannten Erfahrungen hat sie nun die Stadt übernommen. Müssen wir die Stadthalle behalten, dann besitzen wir noch einen Saalbau mehr. Schon bei Errichtung des Neuen Stadttheaters haben wir uns gegen den Saalbau gewandt, den man überflüssigerweise damit verbinden wollte. Jetzt kommt die Stadthalle dazu und nach dem Krieg das Volkshaus vor dem Holstentor, das ebenfalls einen Saalbau darstellt. Dann besitzen wir den Travemünder Kursaal und den Saal in der Fischhalle. So steht Lübeck als Saalbesitzer wohl an erster Stelle in Deutschland. Niemand wird darin allerdings etwas besonders Erfreuliches erblicken können. Mit Ausnahme der Fischhalle wird kein Saal rentabel sein, sondern im Gegenteil dem lübischen Staat Geld kosten. Ich glaube nicht, daß alle diese Säle ausgenutzt werden können, dafür ist die Bevölkerung Lübecks zu klein. Zwar ist im Bürgerausschuß von bürgerschaftlicher Seite angeführt worden, eine Großstadt wie Lübeck müsse eine Stadthalle haben, weil andere Städte auch eine solche besitzen. Die Sache liegt hier jedoch, wie ich eben gezeigt habe, wesentlich anders. Ich glaube, daß das finanzielle Interesse Lübecks durch die Uebernahme der Stadthalle schlecht gewahrt worden ist. Es wäre weit besser gewesen, wenn wir die 130 000 Mk. verloren hätten. (Zuruf: Sehr richtig!) Die notwendigsten Arbeiten, die jetzt vorgenommen werden müssen, erfordern rund 8000 Mk. und weitere von 38 000 Mk. stehen bevor. Damit sind die Ausgaben noch lange nicht erschöpft, wenn man die Stadthalle so herrichten will, daß auf den Zuspruch des Publikums gerechnet werden kann. Ich komme deshalb immer wieder zu dem Resultat, die Finanzbehörde hätte weit besser getan, uns mit dieser Stadthalle zu verschonen. Ob es möglich ist, überhaupt davon loszukommen, ist eine Frage, die ich nicht zu beantworten vermag. Ich stimme Herrn Albers, der Kommissionsberatung fordert, bei. Es kann dann noch manches aufgeklärt werden, obwohl ich mir allerdings nicht viel Vorteil davon verspreche. Wir bedauern die Uebernahme der Stadthalle und lehnen die Senatsvorlage ab.

Senator Dr. Fehling erklärt, daß die Bürgerschaft damals mit der Beleihung einverstanden gewesen sei. Persönlich sei es auch ihm unangenehm, daß wir die Stadthalle bekommen hätten. Aufgabe sei es jetzt, den Schaden möglichst zu mildern und eine bescheidene Rente herauszuholen.

Dr. v. Brocken glaubt doch an eine Verzinsungsmöglichkeit. An der Sache selbst sei sehr wenig zu ändern. Die Finanzbehörde habe kaum anders handeln können, unverteidigt hätte sie die 130 000 Mk. bei der Zwangsversteigerung nicht fahren lassen können. Die Beleihung wäre natürlich besser unterblieben, diese aber habe die Bürgerschaft aufgeoctroyen. Die jetzige Reparatur müßte gemacht werden, weil der Staat als Eigentümer gerichtlich dazu gezwungen werden könne.

v. Schack erläutert einige Hypothekeneintragungen, aus denen sich ergibt, daß der Lübecker Staat als 4. Beteiligter zu niedrigerem Preise Geld hergab als die vorstehenden Gläubiger. Das Grundstück ist mit 8?? 000 Mk. bewertet und ist mit 800 000 Mark im gemeinen Wert festgelegt. Es kommt uns auf 700 000 Mark zu stehen, die uns 28 000 Mark Jahresverzinsung bringen, denen im günstigsten Falle 13 000 Mark Einnahmen gegenüberstehen. Der Staat hat also jedes Jahr einen Verlust von 15 000 Mark. Es zeigt sich an dem Beispiel und — dem des Theaterrestaurants, daß der Staat die Hände von derartigen Geschäften lassen soll. Beim Streichen des Postens würden wir nur 4000 Mk. jährlich eingebüßt haben. Es ist überhaupt die — ohe Frage, ob einer Behörde eine derartige Vollmacht gegeben — über Staatsvermögen verfügen darf. Mehr Recht wie dem Bürgerausschuß steht auch einer Behörde nicht zu. Der Antrag Albers ist deshalb nur zu begrüßen.

Senator Dr. Fehling betont, dem Geschehenen stehen verfassungsrechtliche Bedenken nicht entgegen, kommissarische Beratung wäre nicht von Vorteil.

Dr. v. Brocken ist der Meinung, daß der Ertrag der Stadthalle sich steigern werde, wenn sie erst wieder gut hergerichtet sei. Die Versteigerung habe sich anderthalb Jahre hingeschleppt, mit jeder Verzögerung würde die Stadthalle dem Staate noch teurer, deshalb müßte Schluß gemacht werden. 700 000 Mk. sei sie dem Staate schließlich auch wert.

Senator Rabe: Früher hat die Stadthalle außer den nicht unerheblichen Garderobengeldern 40 000 Mk. erbracht. Es kommen noch verschiedene Einnahmen in Betracht, die ein günstiges Ergebnis erwirken.

v. Schack möchte wissen, welcher Artikel der Verfassung eigentlich das Bewilligungsrecht der Bürgerschaft behandle, wenn der von ihm angezogene nicht angewandt werden könne. Selbst wenn nur 650 000 Mk. Belastung angenommen werde, müsse der Staat jährlich 15 000 Mark zubacken.

Senator Dr. Fehling behauptet, daß die Finanzbehörde vollkommen ihre Pflicht getan habe.

Albers bezweifelt, daß die Lobredner recht behielten. Die Rentabilitätsberechnung werde jedoch noch viel trauriger werden, als man jetzt annehme. Wenn man so fortfahre, müsse man schließlich noch ein Hotel am Kohlmarkt übernehmen. Eine Kommission könne sehr viel prüfen, auch die Schwimmhalle und Realschule dabei nicht vergessen.

Dr. Eschenburg nimmt die sog. Pachtung der Stadthalle in Schutz, die in erster Linie wegen des Theater-Neubaues erfolgt sei. Im übrigen glaubt der Redner an eine günstigere Verzinsung, namentlich wenn das Sommertheater, Konzerte, Versammlungen usw. inbegriffen werde. Etwas werde der Staat allerdings zubacken müssen. Die Stadt habe das Lokal verhältnismäßig billig erstanden und brauche es auch. Die beste Verwaltung sei die städtische für das Gebäude.

Böbs hält es nicht für richtig, für bereits ausgeführte Arbeiten das Geld zu bewilligen und tritt für Kommissionsberatung ein. Sie sei schon deswegen notwendig, weil vielleicht eine bessere Verwertung des Grundstücks dabei besprochen werden könne. Die Debatten würden sich sonst jedes Jahr wiederholen.

Vom Senatstisch wird das Vorgehen der Behörde erneut verteidigt.

Dr. Görtz erkennt der Behörde das Recht ihres Handelns zu. Richtiger wäre die Kritik damals gewesen, als die 100 000 Mk. bewilligt wurden. Eine kleine Behörde könne einen Pfandposten besser verteidigen als 30 und mehr Herren. Ob die Zinsen herauskommen oder nicht, darüber könne man verschiedener Meinung sein, jedenfalls werde mehr erzielt, als Herr v. Schack annehme. Eine Kommission könne gar nichts mehr ändern. Für eine Schwimmhalle oder Schulgebäude eigne sich die Stadthalle nicht, da müßte man viel mehr hineinstecken.

Thiele ersucht doch um Kommissionsberatung. Hätte man bei Bewilligung der 100 000 Mk. seinem Antrag entsprochen und eine Kommission eingesetzt, wären wir nicht in diese Lage gekommen. Ein kleiner Schaden auf einmal sei besser als ein Schaden ohne Ende.

Löwigt: Nach den Ausführungen Dr. Eschenburgs ist es ein Glück für uns, daß wir die Stadthalle erwerben konnten. Dieses Glücksgefühl wird wahrscheinlich nur von wenigen geteilt. Ein solcher Saalbau ist nur notwendig, wenn man noch keinen in der Stadt hat. Gewiß können im Interesse der Allgemeinheit mancherlei Dinge unternommen werden, die sonst gewöhnlich von privater Seite erfolgen, wie die Schaffung größerer Säle. Nachdem aber das Bedürfnis befriedigt ist, liegt zur Erwerbung der Stadthalle kein Grund vor. Die Mängel der Stadthalle sind bekannt. Für Verbesserung der Akustik sind Hunderttausende ausgegeben worden, ohne daß man ein glänzendes Resultat erzielt hätte. Die Stadthalle sollte auch die Konkurrenz vom Stadttheater fernhalten. Ich bin der Meinung, daß unser Stadttheater so gut ist, daß es die Konkurrenz der Stadthalle nicht zu fürchten hat. Die Konkurrenz trägt übrigens dazu bei, die Leistungen zu steigern. Herrn Dr. v. Brocken ist zu erwidern, daß es sich wohl um die Verteidigung eines Postens handelte, damit war jedoch der Erwerb eines großen Grundstücks verbunden. Würde der Staat die Stadthalle auch dann erworben haben, wenn es sich um einen Hypothekenposten von 10 000 Mk. gehandelt hätte? Ist dies nicht der Fall, dann fehlt die Durchschlagskraft der juristischen Einwände. Nach der Verfassung muß bei Ankauf von Grundstücken die Bürgerschaft gehört werden, und wenn Herr Dr. Görtz glaubt, ein großer Personenkreis könne bei der Wahrung eines Pfandpostens keine so gute Entscheidung treffen wie ein kleiner, dann wäre es allerdings ein Fehler, wenn die Verfassung überhaupt den Ankauf von Grundstücken von bürgerschaftlicher Genehmigung abhängig macht. Die Finanzbehörde wäre gewiß nicht zum Ankauf gekommen, wenn sie alles gekannt hätte, was heute darüber gesprochen würde.

Senator Dr. Fehling: Ein Ankauf war nicht beabsichtigt, sondern die Verteidigung des Postens, sonst hätte die Bürgerschaft gefragt werden müssen.

v. Schack wundert sich über den Widerspruch gegen Kommissionsberatung und ersucht deshalb um geteilte Abstimmung der geforderten Posten.

Aug. Pape fragt, ob früher in ähnlicher Weise Grundstücke erworben sind. Er glaubt dies bezweifeln zu müssen und hält deshalb den selbständigen Ankauf für unberechtigt. Die Beleihung habe seinerzeit nur eine schwache Mehrheit gefunden.

Albers stellt einen abgeänderten Antrag, nach dem die Verhältnisse der Stadthallenangelegenheit geprüft werden sollen.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen, desgleichen der Antrag von Albers.

4. Antrag: Anweisung der im Rechnungsjahr 1914 aus Anlaß des Krieges entstandenen außerordentlichen Ausgaben.

5. Antrag: Verstärkung der im Voranschlage für 1915 für Neuanlagen der Gaswerke vorgesehenen Mittel.

Stelling führt Beschwerde über die verzögerten Gaszuleitungen. Wenn es an Gasmessern mangle, müßten Auswege gesucht werden. Er habe bereits am 20. September auf andere Städte hingewiesen, wo bis auf weiteres Gas ohne Gasmesser geliefert werde. Er habe auch im Bürgerausschuß erwähnt, daß dem Bedürfnis der Bevölkerung in der Beleuchtungsfrage Rechnung getragen werden müsse.

Senator Dr. Lienau, am Pressetisch fast unverständlich, stellt Abhilfe für die allernächste Zeit in Aussicht.

Nach einigen Wünschen von Niemann und Thiele wird der Senatsantrag endgültig angenommen.

6. Antrag: Verlängerung der Amtsdauer der zurzeit im Amte befindlichen Mitglieder der Ärztekammer, des Vorstandes derselben und des ärztlichen Ehrengerichtshofes.

Wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

7. Antrag: Bereitstellung von 2300000 Mark für die Unterstützung von Familien in den Dienst getretener Mannschaften.

Hoff: Wir werden selbstverständlich dem Antrag zustimmen, möchten aber dem Senat anheimgeben, einmal die Erhöhung der Unterstützungssätze vorzunehmen. Es ist zuzugeben, daß Lübeck gegenüber anderen Städten und Orten eine höhere Unterstützung bezahlt. Diese wurde aber eingeführt, als die Lebensmittelpreise noch normal waren. Heute sind sie um das Doppelte und mehr gestiegen. Die Unterernährung der Frauen und Kinder ist die notwendige Folge. Eine Frau mit vier Kindern erhält monatlich 78 Mk., von denen sie noch 12 Mk. für Miete bezahlen muß, andernfalls dieses Geld abgezogen wird. Es verbleiben ihr also noch 66 Mk., ausgerechnet auf den Kopf und Tag 44 Pfg. Davon sollen alle ernährt und gekleidet, Schuhzeug und Wäsche angeschafft werden. Daß die Leute damit nicht auskommen, darüber wird wohl kein Zweifel herrschen. Teilweise liegt die Sache aber noch schlimmer, wenn die Frau das Unglück hatte, daß ihr Mann ein geringeres Einkommen vor dem Kriege bezog. Eine Frau mit 6 Kindern, die 99 Mk. zu beanspruchen hatte, erhielt tatsächlich nur 56 Mk., weil ihr Mann das Unglück hatte, nur 1500 Mk. zu verdienen und weil nicht mehr als ¾ des Einkommens als Unter-

---

mit verderben wir unseren Feinden die Freud', sie müssen erkennen, daß wir uns nicht niederwerfen lassen. Nimm dich zusammen auch um der Kinder willen! Das ewige Flennen macht sie verstört, die armen Würmer wissen nimmer, wem sie angehören."

„Ich dank dir, Lorenz! — Hilf mir nur zurecht, du bist der Mann, und habe Geduld!"

„Ja, Geduld haben wir beide vonnöten! Halte daran fest, was zu ermachen ist, wird gemacht! Sollte es aber doch länger dauern, ehe wir aus dem Hirtenhaus herauskommen, laß keinen Verdruß zwischen uns aufkommen, sonst ist's gefehlt. Gib mir die Hand! Bergheim soll erfahren, Hirtenhaus oder Bauernhof, Herrenschloß oder Bettelhäusle macht in Wahrheit keinen Unterschied, auf die Leute kommt's an, die drin wohnen! — Jetzt sei still, die Kinder regen sich wieder, wir selber brauchen Ruhe, es steht uns ein schwerer Tag bevor."

Es war schon lange still in der Kammer, als der Kuckuck vier Uhr anzündigte. Die jüngeren Kinder verschliefen diesmal den Ruf, Marie saß jedoch aufrecht zwischen Bruder und Schwester und weinte. Kein Wort des Gesprächs war ihr entgangen, faßte sie auch nicht alles, so viel hatte sie verstanden, die Eltern sorgten und härmten sich auch ihretwillen. Im schmerzlichen Gefühl ihrer Hilflosigkeit und Schwachheit rang sie die kleinen Hände, da sie die Eltern nicht trösten konnte, gelobte sie mit heißen Tränen, Vater und Mutter zur Freude zu leben, das kindische Wesen abzutun, der Mutter beizustehen. „Die Geschwister behalt' ich im Aug' und leide nicht, daß sie ausarten. Gras trag' ich bei für die Ziegen und im Winter spinn' und strick ich mit der Mutter um die Wette. Ach du lieber Gott mach' mich recht geschickt und fleißig und brav, es ist ja wegen der Eltern!" Mit einem Gebet auf den Lippen schlief sie endlich ein.

Lorenz lag still und atmete ruhig, aber seine Augen standen weit offen, und unter der Decke rang er die Hände. Der langsame Pendelschlag der Uhr war ihm unerträglich, jedes Tick-Tack traf ihn wie ein Schlag auf den Kopf. Er war daran aufzustehen, die Uhr zu stellen — aber was hätte er Margelies antworten sollen? Mit Mühe hatte er ihr den Sturm in seiner Brust verborgen, um sie aufzurichten. Ich stärker gestellt als er war, jetzt kam die Angst doppelt über ihn. Er marterte sich ab, einen Ausweg zu finden, seine Gedanken verwirrten sich bei der Frage, wohin es ja kommen?"

(Fortsetzung folgt.)

stützung ausgezahlt werden. Eine andere Frau erhielt statt 99 nur 82 Mk., wieder eine andere mit 4 Kindern statt 78 nur 69 Mk. Zahlreiche ähnliche Fälle kommen vor. Zieht man bei der Frau mit 6 Kindern die 12 Mark Miete ab, dann bleiben für 7 Köpfe 56 Mark oder 27 Pfg. pro Kopf und Tag. Ich glaube, jeder im Saal wird zugeben, daß eine solche Unterstützung eine notwendige Unterernährung der Kinder zur Folge haben muß. Erhält eine Frau mit 6 Kindern monatlich 99 Mark, dann kann sie gewiß nicht im Überfluß leben bei den heutigen Lebensmittelpreisen, wenn die sonstigen Tagesbedürfnisse hinzugerechnet werden. Diesen Familien sollte man die volle Unterstützung zahlen. Zu beanstanden sind dann die neu ausgegebenen Fragebogen, bei deren Nichtausfüllung mit Wegfall der Unterstützung gedroht wird. Darunter sind Fragen, die direkt gesetzwidrig sind. So diejenige, die wissen will, ob der Ehemann bestraft ist. Nirgends herrscht der Grundsatz, die Strafen der nächsten Angehörigen anzugeben, und hier soll die Ehefrau schriftlich bekunden, ob ihr Mann Strafe erlitten hat. Dazu liegt kein Grund vor, die Frage ist ungesetzlich und zwecklos. Hat ein Kriegsteilnehmer eine 6monatige oder längere Freiheitsstrafe verwirkt, dann erstattet die Dienstbehörde sowieso dem Lieferungsverband Anzeige und die Unterstützung fällt in Wegfall. Dann wird auch hier wieder versucht, den eventuellen Zuschuß des Arbeitgebers zu ermitteln, obwohl dies verschiedentlich hier gerügt worden ist. Es sind Versuche, die Unterstützungssätze zum Vorteil des Staates zu kürzen. Es ist aber zu bedenken, daß der Arbeitgeber nicht unterstützt, um dem Staate einen Vorteil zu gewähren, sondern um den Familien seiner Arbeiter über die schwere Zeit hinwegzuhelfen. Ich bedauere, daß auch diese Beantwortung der Frage mit Drohung erzwungen wird. Redner stellt weiter den Antrag, die Bürgerschaft möge den Senat ersuchen, eine Erhöhung der Unterstützungssätze der Familien zum Kriegsdienst eingezogener Mannschaften in die Wege zu leiten.

Senator Dr. Lienau hebt die hohen Unterstützungssätze der Hansestädte und die Zuschüsse des Roten Kreuzes hervor, das Miete- und Feuerungshilfe gebe. Die Ausweiskarte habe sich als notwendig erwiesen. Auch mit der Frage der Bestrafung habe es eine andere Bewandtnis.

Hoff erkennt die höheren Unterstützungssätze in Lübeck ebenfalls an, betont aber, daß erhebliche Kürzungen vorgekommen sind. Wenn das Rote Kreuz etwas gebe, so geschehe es, um die Hausbesitzer vor allzu großem Schaden zu bewahren. Eine Aufbesserung der Sätze sei dringend notwendig.

Dr. Görtz erklärt, daß für den Antrag Hoff vieles spreche. Was z. B. die Frau vom Arbeitgeber erhalte, gehöre garnicht in den Fragebogen. Der Antrag sollte dem Bürgerausschuß zur Prüfung überwiesen werden.

Klein findet den Antrag Hoff für zu allgemein gehalten. Er bedürfe einer anderen Formulierung, vielleicht dahin, daß der Senat ermächtigt wird, in einzelnen Fällen mehr Unterstützung zu gewähren. Der Verfasser des Fragebogens habe vom sozialen Verständnis keine Spur. Bestimmte Fragen gehörten nicht in den Ausweisbogen.

Die Senatsvorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Der Antrag Hoff wird dem Bürgerausschuß überwiesen.

8. Antrag: Errichtung einer neuen Assistentenstelle beim Polizeiamt.

Schneider fragt, wie es mit der Beratung der gesetzlichen Bestimmungen über Reisegebühren und Tagegelder lübscher Beamten stehe.

Von Senatsseite wird baldige Erledigung in Aussicht gestellt.

Förster rät die ungeteilte Dienstzeit der Beamten an.

Senator Dr. Vermehren: Der Senat hat gegen eine solche Dienstzeit manche Bedenken. Diese hätten dazu geführt, vorläufig eine ungeteilte Dienstzeit nicht einzuführen.

Böbs wünscht diese Stelle erst zum 1. April 1916 eingeführt.

Köster empfiehlt erneute Prüfung der Frage der ungeteilten Dienstzeit. In diesem Winter könnte die Staatskasse Gas und Heizung sparen. Auch für die Gesundheit der Beamten wäre sie zuträglicher, für das Publikum bequemer.

Senator Dr. Fehling: Die Beamtenkommission sei anderer Auffassung als der Vorredner.

Der Abänderungsantrag von Böbs wird abgelehnt, der Senatsantrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

9. Antrag: Erlaß eines Gesetzes, betr. die Erhebung des Zuschlags zur Brauneuer und bei Abgabe von vereinsländischem Bier.

10. Antrag: Bewilligung weiterer Mittel für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges.

Werden debattelos angenommen.

Antrag der Bürgerschaftskommission zur Prüfung der Frage, wie eine Erhaltung des Travemünder Strandes und des Brodtener Ufers erfolgen kann (dem Bürgerausschuß zur näheren Prüfung überwiesen und nicht in unveränderter Fassung an den Senat gebracht):

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr eine Vorlage entgegenzubringen, nach der

1. zum Schutze des Seetempels baldigst eine etwa 50—60 Meter lange, 2½—2 Meter tief fundierte und 3 Meter über den Erdboden reichende Betonmauer unterhalb des Seetempels direkt am Steilufer ausgeführt werde,
2. unterhalb des Seetempels eine größere Buhne und vor dieser 2 bis 3 kürzere Buhnen nach dem System der mecklenburgischen Buhnenbauten errichtet werden,
3. an einer anderen geeigneten Stelle eine Längsbefestigung ausgeführt werde.

Wird abgelehnt.

Antrag von Hoff: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, für den lübeckischen Staat einen kommunalen Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage zu errichten.

Hoff: Die Eingabe des Gewerkschaftskartells ist dem Bureau zugestellt und von diesem den Bürgerschaftsmitgliedern übermittelt worden. Danach erübrigen sich wohl noch viele Worte. Was das Gewerkschaftskartell fordert und eingehend begründet, ist gewissermaßen eine Abschlagszahlung für die im Felde kämpfenden Arbeiter. Wenn auch die große Arbeitslosigkeit zu Beginn des Krieges bald durch die Aufträge der Heeres- und Marineverwaltung nachließ, so war der Staat doch genötigt, einen Arbeitsnachweis in die Wege zu leiten. Die Arbeitslosigkeit wird sicherlich viel schrecklicher auftreten, wenn nach Friedensschluß die Millionen Soldaten in die Heimat zurückfluten und wenn die Arbeitsgelegenheit für die Kriegsindustrie aufhört, wenn die Unterstützung fällt und die Millionen auf der Straße liegen. Denn so schnell sind die Verbindungen nicht wieder hergestellt, wie sie abgebrochen wurden. Um dem ungeheuren Notstand zu steuern und Arbeitsgelegenheit zu schaffen, bedarf es umfangreicher Maßnahmen. Bei der Prüfung dieser Frage ist es erforderlich, daß größere Kommunen und Bezirke paritätische Arbeitsnachweise schaffen, an deren Verwaltung Arbeiter und Unternehmer gleichmäßig beteiligt sind. Dabei stößt man auf manchen Widerstand. Die Unternehmer glauben zum Teil, ihre Machtbefugnis werde beschnitten. Dem ist entgegenzustellen, daß der Arbeiter nur seine Arbeitskraft besitzt, es wäre unrecht, wenn er über deren Verwertung nicht mitzubestimmen haben sollte. Wie allgemein anerkannt, haben die Arbeiterorganisationen während des Krieges mit beigetragen, die Familien zu unterstützen, tarifliche Verhältnisse aufrecht zu erhalten und sonstiges mehr. Sie haben bewiesen, daß sie auf der Höhe sind und es wurde auch überall versucht, Vertreter der Organisationen zu manchen Kommissionen heranzuziehen. Es wurde von maßgebender Stelle von einer Neuorientierung der inneren Politik nach dem Kriege geredet. Lösen Sie dieses Wort mit ein und beweisen Sie, daß die Verpflichtung vorliegt, dabei mitzuwirken. Stimmen Sie dem Antrag zu, der nur einen Teil der Dankesschuld für die im Schützengraben kämpfenden Brüder enthält. Hier in Lübeck sind nicht weniger als 37 verschiedene Arbeitsnachweise. Da muß sich jeder sagen, daß bei solcher Zersplitterung nichts Ersprießliches herauskommen kann. Es mag ja sein, daß das eine oder andere Gewerbe bei dem alten Zustand besser sichten kann, aber der Gesichtspunkt für die Allgemeinheit kommt nicht zur Geltung. Ueberweisen Sie deshalb meinen Antrag dem Bürgerausschuß zur Prüfung.

Senator Dr. Fehling erklärt, der Senat sei eben dabei, eine Arbeit des Stadt- und Landamtes über diese Frage zu prüfen. Die Handels- und Gewerbekammer seien um Gutachten angegangen worden. Den Antrag Hoffs bitte der Senat gegenwärtig abzulehnen.

H. Thiel betont, die Arbeitgeber hätten bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß für Lübeck eine Notwendigkeit zur Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises nicht bestehe. Der Antrag sollte übrigens besser lauten statt kommunaler „öffentlicher" Arbeitsnachweis. In Lübeck sei durch die einzelnen Facharbeitsnachweise für Arbeitsvermittlung gut gesorgt; die Frage sei glücklich gelöst und entspreche der Spezialisierung. Der jetzige öffentliche Arbeitsnachweis sei sehr rasch gegründet worden, weil man eine große Arbeitsnot hauptsächlich für ungelernte und weibliche Arbeitskräfte befürchtet hatte. Die Befürchtungen haben sich aber erfreulicherweise in Lübeck nicht in dem Maße verwirklicht, ja bald habe sich die Nachfrage nach Arbeitern gesteigert. Es frage sich nun, ob das aus Not Geborene auch nachher bestehen bleiben soll. Für die Folge werde man den öffentlichen Arbeitsnachweis nicht entbehren können, doch würden ihm meistens nur die Kräfte unterstehen, die von den Facharbeitsnachweisen nicht erfaßt werden. Notwendig sei er auch für die Kriegsbeschädigten. Die deutschen Frauen und Mädchen hätten sich bereitwillig in den Dienst der Sache gestellt, was dazu geführt habe, daß Frauen dort verwendet werden, wo Männer hingehören und wieder hingestellt werden müssen. Der öffentliche Arbeitsnachweis müsse auch später dafür sorgen, daß diesen Frauen Stellen beschafft werden, die sie gut besetzen können. Ehe der Senat mit seiner Prüfung zu Ende sei, sollte man den Antrag von Hoff nicht annehmen. Er müsse sich heute auch versagen, auf die Parität einzugehen, weil dadurch die politische Seite berührt werden müßte und er den Burgfrieden hochhalten wolle.

Hoff erklärt, seinen Antrag nicht zurückziehen zu können. Der Bürgerausschuß soll den Antrag prüfen und dem Senat zustellen. Der Senat habe gesagt, die Frage werde geprüft, die Handels- und Gewerbekammer sei gehört worden. Nicht gehört aber habe man wieder einmal die Arbeiter, die am meisten daran interessiert seien. Im Bürgerausschuß liege die einzige Möglichkeit, die Wünsche der Arbeiter weiter zu geben. Unsern 3 Vertretern müssen Sie dort Gelegenheit geben, die Gesichtspunkte der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen, schon der bloßen Gerechtigkeit willen. Wenn man die Arbeitgeber höre, dürften auch die Arbeiter nicht ungehört bleiben.

Senator Dr. Fehling: Handelskammer und Gewerbekammer sind den gesetzlichen Bestimmungen gemäß gehört worden. Jetzt sollte erst der Senat dazu Stellung nehmen, dann wird sich auch Zeit und Gelegenheit finden, die andere Seite zu vernehmen.

H. Thiel glaubt, daß sich durch Annahme des Antrages die Bürgerschaft ohne Not binde.

Klein sieht nicht ein, daß sich die Bürgerschaft durch die Annahme des Antrages bindet. Erst wenn die Bürgerschaft nach Zurückweisung des Antrages dazu Stellung nehme, könne man von einer Bindung sprechen.

Der Antrag Hoff wird abgelehnt.

Antrag von Stelling:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat:

a. im Bundesrat und bei der Reichsregierung durch geeignete Vorstellungen schleunigst dahin zu wirken, daß
   1. eine Beschlagnahme und Enteignung aller zum Lebensunterhalt notwendigen Produkte erfolgt,
   2. eine gleichmäßige Verteilung von Fleisch, Milch, Butter und sonstigen Fettwaren, sowie Mühlenprodukten an die Bevölkerung ermöglicht wird,
   3. für die niederbemittelte Bevölkerung erschwingliche — Kriegskonjunkturgewinne ausschließende — Höchstpreise festgesetzt werden,
   4. auf Kosten des Reiches Kohlen und Kartoffeln während der Wintermonate an die unterstützungsberechtigten Familien der Kriegsteilnehmer geliefert werden;
b. seinerseits ohne jeden Verzug die geeigneten Schritte zu tun, um die ausreichende Versorgung Lübecks mit Lebensmitteln nach Möglichkeit und zu mäßigen Preisen sicherzustellen.

Stelling: Wir haben uns am 20. September und auch in einer vorhergehenden Bürgerschaftssitzung mit der Lebensmittelteuerung beschäftigt und gaben der Erwartung Ausdruck, daß die offen zutage getretenen Mängel beseitigt würden. Wir glaubten, daß die maßgebenden Stellen und die Reichsregierung alles unternehmen würden, der Teuerung zu steuern und nicht zum wenigsten dem Lebensmittelwucher. Leider ist der Wunsch nicht in Erfüllung gegangen. Eine Reihe Bundesratsverordnungen haben sich als Halbheiten herausgestellt, sie sind häufig nichts anderes als ein Messer ohne Klinge. Auf die angekündigten einschneidenden Maßnahmen war man sehr gespannt; sie kamen zunächst nicht. Die fleischlosen Tage haben nach keiner Richtung hin den Erwartungen entsprochen, sie bezwecken mehr oder weniger nur eine Erleichterung für die Schlachter und Delikatessenhändler, die am Abend vorher ihre Waren loswerden und am nächsten Tage aufräumen oder spazieren gehen können. Was bezweckt werden sollte, Einschränkung des Fleischgenusses, wurde nicht erreicht. Die über das nötige Geld verfügen, kaufen tags vorher. Diejenigen, die als arme Schlucker zur Welt gekommen und solche geblieben sind, auch die Kriegerfrauen, können kein Fleisch kaufen, sie haben leider sieben fleischlose Tage in der Woche. Später kamen eine Reihe Verordnungen, wo man zugeben muß, daß sie einen kleinen Schritt auf dem richtigen Wege darstellen. Es ist nur ein zaghafter, tastender Anfang, der erst gemacht wurde, nachdem 15 Monate ins Land gingen, nachdem die Not einen so großen Umfang angenommen hatte und weite Bevölkerungskreise bis in das Beamtentum hinein rebelliert hatten und erklärten, so kann es nicht mehr weiter gehen. Das Uebel muß jedoch an der Wurzel angefaßt werden, Einschneidendes kann nur durch Beschlagnahme aller Lebensmittel und gerechter Verteilung geschehen. Hand in Hand damit müssen Höchstpreise festgesetzt werden, die es jedem ermöglichen, Ware kaufen zu können. Es muß endlich aufgeräumt werden mit dem Gedanken, daß hier das freie Spiel der Kräfte walten soll. Wir müssen auch hier nachhelfen und versuchen, die Widerstände zu beseitigen. An den Widerständen ist kein Zweifel schuld, sie sind verkörpert im preußischen Landwirtschaftsminister. Das wurde im weimarischen Landtag vom Minister öffentlich ausgesprochen. Er erklärte, daß der Regierungsvertreter nicht mit zu den starken Kräften gehöre, die die Reichsregierung an den einschneidenden Maßnahmen hindern. Ich sage dies in der Erwartung, daß auch der lübsche Vertreter im Bundesrat sich ähnlich äußern möge wie der erwähnte weimarische Minister. Der Wucher herrscht noch genau so, wie vor Monaten. Es ist bedauerlich, daß dieses ausgesprochen werden muß, es ist aber leider Tatsache. Es wird von weiten Kreisen der Bevölkerung empfunden ohne Unterschied der Parteirichtung, wie die zahlreichen Eingaben an die Reichsregierung beweisen. Dieses Bestreben nach Besserung besteht nicht etwa in Nervosität, wie in der Zeitungsredaktion des Amtsblattes angenommen wird. Der Unwille über den Lebensmittelwucher ist in den Tatsachen berechtigt, man kann ihn nicht ohne weiteres mit der Bemerkung der Nervosität abtun. Die weiten Kreise der Bevölkerung, die ihre Liebsten im Felde opfern oder der Todesgefahr aussetzen, dürfen nicht hungern. Was bisher geschehen, ist unzureichend, deshalb fordert unser Antrag eine Beschlagnahme und Enteignung aller zum Lebensunterhalt notwendigen Produkte. Manche werden sagen, das tut nicht nötig, wir kommen aber auf dem bisher beschrittenen Wege nicht weiter. Bei einzelnen Produkten, wie z. B. den Kartoffeln, besteht ein Beschlagnahmerecht. Man ist hier nur zögernd vorgegangen und so erleben wir, daß viele Städte, auch Lübeck, eine gewisse Kartoffelknappheit haben, die künstlich erzeugt wurde. Die Landwirte wollen keine Schuld daran haben. Sie sind immer unschuldig. Auch die Händler sind angeblich schuldlos, sie geben vor, keine Kartoffeln bekommen zu können. Ich habe selbst mit mehreren Herren die Erfahrung machen müssen, daß in unserer Umgebung und bis weit nach Pommern hinein keine Kartoffeln aufzutreiben waren, trotz aller möglichen Anspannung. Das ist außerordentlich bezeichnend. Bei unseren gelegentlichen Zusammenkünften sind denn auch sehr harte Worte über unsere Regierung gefallen, die unter allen Umständen einschreiten müßte. Den Leuten, die die Ware zurückhalten, muß das Handwerk gelegt werden. In anderen Städten wurden ähnliche Erfahrungen gemacht. Die Kriegerfrauen sind dabei die Hauptleidtragenden. Die Oberbürgermeister der rheinischen Städte haben sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen müssen und vom Reichskanzler die allgemeine Beschlagnahme der Kartoffeln gefordert; diese muß jedoch noch vor Eintritt des Frostes erfolgen, sonst sitzen die Städte auf dem Trockenen. Für unsere Gegner würde es natürlich angenehm zu verzeichnen sein, daß deutsche Städte ohne Kartoffeln sind. Weiter ist zu bemerken, daß man zum Teil Kartoffeln auf den Markt bringt, die kaum zur menschlichen Ernährung dienen können. Die guten behält man zurück in der Annahme, beim Schwanken der Regierung einen größeren Höchstpreis zu erzielen. Dabei schädigt der jetzige Höchstpreis die Bauern gewiß nicht. Ferner ist die bedauerliche Tatsache zu erwähnen, daß die Höchstpreise durch hohe Zufuhrspesen umgangen werden. Bis zu 50 Pfg. pro Sack forderte man hier in Lübeck; gegen diesen unerhörten Zustand muß eingeschritten werden. Aehnlich liegt es mit anderen zum Lebensunterhalt notwendigen Mitteln, besonders mit Fleisch. Die Landwirte weigern sich, die Schweine zum festgesetzten Höchstpreis zu verkaufen. Daraus werden große Kalamitäten entstehen, denen wir nicht ohne weiteres stillschweigend zusehen können. Die Schlachtreife und Pflichtabgabe kann und muß festgestellt werden. Nach meiner Meinung werden wir mit den vorhandenen Vorräten ausreichen, und wenn nicht vollständig, so bietet sich doch Gelegenheit, andere Mittel und Wege einzuschlagen, eventuell durch Ankauf von Auslandsware durch vom Reich Beauftragte. Dann darf allerdings nicht der Auslandspreis für den Inlandspreis maßgebend sein, wie es heute vielfach der Fall ist. Gegebenenfalls muß das Reich Zuschüsse im Interesse des Volkes hierzu gewähren. Auch für Kolonialwaren müssen Höchstpreise kommen. Mit der Bestandsaufnahme von Kaffee, Tee und Kakao ist der Anfang gemacht, ihr muß die Beschlagnahme folgen; sie muß sich auch auf andere Kolonialwaren erstrecken, wenn es nicht anders geht. Ebenso ist es bei Eiern, Milch, Butter. Man wird dem entgegenhalten, daß das sehr schwer oder unmöglich sei. Es muß sich aber ein Weg finden, der eine regelrechte Verteilung der Waren ermöglicht. Die Futtermittelfrage ist eine der brennendsten, sie rechtfertigt jedoch nicht die enormen Preise für landwirtschaftliche Produkte. Bei der Hochtreibung des Maispreises von 140 auf 650 Mark pro Tonne wird gezeigt, wie hier die Spekulanten am Werke waren und wie die Regierung durch ihr Zögern die allergrößten Fehler verschuldet habe. Bezüglich der Milchversorgung ist zunächst notwendig ein Verbot der Milchfütterung an Sauen, ein Schlachtverbot für Kühe usw. und Gründung von Zwangsorganisationen, die auch auf anderen Gebieten durchgeführt wurden. Zweckmäßig ist eine behördliche Aufsicht über die Milchproduktion und Molkereiprodukte, eine Zwangsorganisation der Milchverteilung und Hand in Hand damit die Festsetzung von annehmbaren Höchstpreisen für Milch, Butter und Käse. Wir fordern gleichfalls gleichmäßige Verteilung von Fleisch-, Butter und Fettwaren, damit dem Hamstern, das auch in Lübeck bei besseren Kreisen geübt wird, ein Riegel vorgeschoben werden kann. Damit wird auch der zeitweisen Knappheit der Artikel vorgebeugt. Fleisch-, Fett-, Butter- und Milchkarten sind also notwendig, der Anfang muß bezüglich der letzteren bei Kindern und Kranken gemacht werden. Man hat behauptet, daß bei geringeren Milch- und Butterpreisen die Milchproduktion ausgeschlossen sei; dabei hat die Meierei Schiphorst in Lauenburg beschlossen, allen Familien, deren Ernährer im Felde stehen, das Pfund Butter zu 1,60 Mk. und das Liter Milch für 15 Pfg. zu liefern. Die Molkerei erklärte selbst, daß sie trotz diesen normalen Preisen noch einen kleinen Nutzen erziele. Das Fehlen der Fleischkarten hat zu Mißhelligkeiten geführt, obwohl weite Kreise der Bevölkerung weder Fleisch noch Butter kaufen können, weil der Preis viel zu hoch ist. Genau so steht es mit dem Fett. Alle diese Artikel verlangen erschwingliche Höchstpreise, die jeden Kriegsgewinn ausschließen und es jedem ermöglichen, die Bedürfnisse einzukaufen. Die jetzigen Höchstpreise sind viel zu hoch und zu spät eingesetzt worden. In Lübeck haben wir zwar auch Höchstpreise für unsere Fische, aber nicht für Heringe, die 25—30 Pfg. gegen 5 und 6 Pfg. in Friedenszeiten kosten. Auch hier sind Eingriffe notwendig. Allgemein wird über die hohen Lederpreise geklagt. Sie werden auf hohe Produktionskosten zurückgeführt. Diese haben sich um etwa 1,50 Mk. erhöht. Die Lederpreise sind aber um 3—4 Mk. das Pfund gestiegen. — Wir fordern weiter, daß auf Kosten des Reiches den Kriegerfamilien Kohlen und Kartoffeln geliefert werden. Artikel, die gerade für die Familien der Kriegsteilnehmer hauptsächlich in Betracht kommen. Diese dürfen während des Winters weder frieren noch Hunger leiden. Wer ein warmes Herz für die Kriegerfamilien hat, wird dieser Forderung ohne weiteres zustimmen. Die Kostenfrage scheidet aus, sie ist gering im Verhältnis zu dem, was für Pulver und Blei ausgegeben wird. — In Lübeck ist verschiedenes unternommen worden, es wäre aber ratsam gewesen, wenn es den breiten Schichten bekannt gemacht worden wäre, damit die Kritik zur rechten Zeit hätte einsetzen können. Vielleicht erfährt man heute, was geschehen ist. Die Befürchtung, daß man es gegenüber dem Ausland nicht tun könne, fällt weg. In den Stadtverordnetensitzungen anderer Städte hat man das Unternommene auch nicht verheimlicht. Wünschenswert wäre, etwas über die Arbeiten der Preisprüfungsstelle zu erfahren; in Hamburg und Bremen wurden bereits Berichte herausgegeben. Unsere Wünsche haben wir dem Senat in den kurzen Worten unseres Antrages dargelegt. Redner geht des weiteren auf Einzelfälle in Lübeck ein, wo Verkaufsweigerung bestand und fordert, daß in solchen Fällen auf Grund der durch die Bundesratsverordnung vom 5. November geschaffenen gesetzlichen Grundlage ohne Rücksicht durch Enteignung eingeschritten wird, ebenso, daß man mit Höchstpreisen mehr heraustritt, obwohl sie zum Teil ein zweischneidiges Schwert darstellten. Vorbildlich im Verteilen von Nahrungsmitteln könne Bremen sein, wo Kartoffeln zu 3 Mk. der Zentner und Reis für 25 Pfg. das Pfund abgegeben werde, Fett und Speck zu 1 Mk. bis 1,20 Mk. das Pfund, Steckrüben zu 1—2 Pfg. Man plane dort weiter die Herabsetzung des Preises für Grau- und Schwarzbrot. Das Beispiel Bremens verdiene hier Nachahmung, erfordere selbstverständlich einen Staatszuschuß. Die Einführung von Petroleumkarten, wie sie der Konsumverein schon lange habe, sei notwendig. Aehnliche Forderungen, wie ich sie hier hervorhob, wurden in Berlin, Leipzig und anderen Städten erhoben. Dort haben die Stadtverwaltungen zugegeben, daß die Klagen berechtigt seien. Wir haben alle Ursache, heute erneut zum Ausdruck zu bringen, daß die Reichsregierung gegen die Lebensmittelverteuerer und Wucherer energisch vorgehen muß. Will man dem jetzt so oft hervorgehobenen Geburtenrückgang steuern, dann muß dafür gesorgt werden, daß das Volk vor allem etwas zum Leben hat. Ich habe nicht zu schwarz gemalt, die Verhältnisse liegen in der Tat so. Dies würde auch zum Ausdruck durch diese Kreise gekommen sein, wenn eine Volks-Versammlung nicht verboten worden wäre, die sich mit der Teuerung beschäftigen sollte. Aber der Bevölkerung wurde das Ventil verstopft. Auch die Presse ist mehr oder weniger beschnitten, sie kann nicht alles zum Ausdruck bringen. Sehen Sie unsern Antrag an als die Verkörperung eines Notschreies des Volkes, dem Sie Rechnung tragen müssen im Interesse des deutschen Volkes und überweisen Sie ihn dem Bürgerausschuß. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Senator Evers betont, daß die Bestrebungen der Reichsregierung anerkannt werden müßten und daß sie große Leistungen aufzuweisen hätten. Vor Uebertreibungen müßten wir uns sehr in acht nehmen, man dürfe nicht Einzelfälle hervorheben. Die Reichsregierung wie der lübsche Senat streben danach, Lebensmittel zu erträglichen Preisen zu beschaffen. In den Hansestädten

sei für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer ausreichend gesorgt. Die Kommission habe sich seit der großen Lebensmittelpreissteigerung nicht mehr an die 75 Prozent des Lohneinkommens gehalten und besonders kinderreiche Familien voll unterstützt, ohne Rücksicht auf ihr früheres Lohneinkommen. In Einzelfällen sei vielleicht eine Not, im allgemeinen jedoch nicht. Das ergebe sich aus den Sparkasseneinlagen, die bis jetzt nicht zurückgegangen seien. Für gute Kartoffeln habe Lübeck gesorgt. Auch in der Feuerungsfrage komme man weit entgegen.

Klein befürwortet die Ausführungen und den Antrag von Stelling. Die Reichsregierung müsse die erbitterte Stimmung im Volke kennen. Redner erinnert an die Forderungen des Abgeordneten Heims, der schon 1914 Höchstpreise und gerechte Verteilung des Getreides forderte. Aber die Regierung sei stets erst dann eingetreten, wenn es zu spät war und die Preise eine schwindelhafte Höhe erreichten. Die Preise herabzusetzen sei hinterher schwer. Der Butterpreis von 2,55 Mk. sei viel zu hoch, wie die Sachverständigen und Erzeuger selbst behaupten. Er könne ohne Schädigung der Erzeuger herabgesetzt werden. (Zuruf Henks: Sehr richtig!) Man sollte glauben, daß man auch einmal irgendwo an einer Stelle Butter 3. oder 4. Qualität kaufen könne, aber davon höre man nichts. Eine Prüfung der Qualitätsware wäre dringend notwendig, denn alles werde nur zu Höchstpreisen verkauft. Der Buchweizenpreis sei geradezu kolossal gestiegen, die Erzeugungskosten rechtfertigten ihn nicht. Weizenbrot koste hier das Kilo 80 Pfg., in Kiel nur 62½ Pfg. Senatsseitig müsse auf einen gemeinsamen Preisbezirk mit Hamburg, Kiel usw. hingestrebt werden. Bedauerlich sei, daß derartige Fragen, wie sie uns heute beschäftigten, erörtert werden müßten. Es leiden nicht die Bessergestellten, sondern hauptsächlich Arbeiter, Beamte unter diesen Preisen. Unsere Kämpfer müssen sich dabei auch für die Preistreiber tot- und zu Krüppeln schießen lassen. Auf das Ausland machten die hohen Preise keinen guten Eindruck. Der Grundsatz vom freien Spiel der Kräfte dürfe keine Geltung haben, wo das Volkswohl in Betracht komme.

Senator Evers bestreitet, daß allen Kriegerfrauen ein Abzug gemacht werde, die über ¾ Einkommen verfügen.

Hoff betont demgegenüber, daß erst vorige Woche Unterstützungskürzungen gemacht wurden.

Henk (Bültwisch) hält es für menschlich begreiflich, daß die Landwirte die besseren Kartoffeln für sich behalten. Er erwähnt ferner den Unterschied zwischen Roggen- und Mehlpreis und behauptet, daß die Landwirte wohl Geld in die Hand bekommen hätten, dafür aber am Vieh Verluste erlitten. An den hohen Butterpreisen sei die Hamburger Butterbörse schuld. Redner tritt für Stellings Antrag ein.

Stelling geht näher auf Henks Ausführungen über die angeblichen Leiden der Landwirtschaft ein, die man in gegenwärtiger Zeit besonders viel vernehme. Der Landwirtschaft sei auch durch billige Arbeitskräfte der Gefangenen geholfen worden. Ferner weist Redner darauf hin, daß die Landwirte hier z. B. gewiß auch an der Hansamelerei interessiert seien und als Genossenschafter am Geschäftsgewinn beteiligt sind. Der höhere Butterpreis komme im Geschäftsgewinn doch wieder zum Vorschein. Auch die Kartoffelfrage sei anders auszulegen. Die Landwirte hätten kurz und bündig erklärt, sie hätten Kartoffeln genug, aber sie wollten nicht verkaufen. Sie behaupteten, die Kartoffeln seien beschlagnahmt oder sie lieferten sie lieber an die Trocknungsgesellschaften. Daraus ersehe man wieder den Fehler, der mit den hohen Preisen der Kartoffelpräparate gemacht worden ist. Wenn die Landwirte wirkliche Opfer bringen wollten, dann dürften sie nicht so egoistisch handeln und die besten Kartoffeln zur Verfütterung behalten. Mit den besonders hohen Leistungen der Regierung, wie sie Senator Evers angeführt habe, sei es nicht allzu weit her, er erinnere nur an die Aussagen der Oberbürgermeister von Charlottenburg, Neukölln und Berlin, die sich zum Teil die Resolutionen der Arbeiter zu eigen machten und erklärten, daß die Regierung mehr einschreiten müsse. Bei den langen Erörterungen habe das Volk gehungert. Wenn Herr Senator Evers glaube, daß hier in Lübeck keine Not sei, dann solle er einmal vor die Konservenfabriken und Einquartierungsställe gehen, wo täglich Hunderte von Frauen und elenden Kindergestalten stundenlang um karge Knochen ohne Mark und um die Essensreste der Soldaten lauern. Das seien die schlagkräftigsten Beweise dafür, daß nicht alles so ist, wie es sein soll. Redner ersucht wiederholt, seinem Antrag stattzugeben.

Prösch (Harmsdorf) wünscht wegen der Fettfrage die Schweine nicht zu früh abgeschlachtet und

Henk (Bültwisch) sieht beim Mangel an Eierkartoffeln den niedrigen Höchstpreis als Schuld an. Früher hätten die Landwirte dafür 5—6 Mk. gelöst. Die Hansamelerei verteile keine Dividende. Stelling habe nicht erwähnt, daß an Kriegerfrauen die Milch billiger geliefert werde.

Stelling erkennt dies an. Doch hätten sich verschiedene Händler jetzt geweigert, die Milch weiter zu billigem Preise zu liefern.

Der Antrag Stelling wurde angenommen.

Zu der Eingabe von Rob. Popp im Interesse der Schünemannschen Erben ersucht Löwigt der Bürgerschaft Gelegenheit zu geben, die Eingabe einzusehen. Das wird vom Wortführer zugesagt.

In die Kommission zur Prüfung der Stadthallenfrage wurden gewählt: v. Schad, Albers, Löwigt, Glaser. Ersatzmänner: Thiele und Dr. Eschenburg.

Schluß gegen 11 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die amtliche Beeinflussung der Presse

durch den bekannten Loebell-Erlaß hat nicht geringes Erstaunen hervorgerufen. Der nachträgliche Abschwächungsversuch ist vorbeigelungen. Nun stellt zu allem der „Zeitungsverlag" noch fest, daß bereits am 7. August 1914 — also wenige Tage nach dem Kriege — ein Minister-Erlaß herausgekommen ist, der die Landräte anweist,

„dafür zu sorgen, daß die Korrespondenz von sämtlichen Kreisblättern, und soweit ihnen gleiches Material nicht von anderer zuverlässiger Seite auf schnellstem Wege zugeht, auch von den übrigen kleineren Zeitungen Ihres Bezirks abgedruckt werden. Die mit einem * versehenen Artikel müssen in allen Zeitungen Ihres Kreises abgedruckt werden. Euer Hochwohlgeboren (Hochgeboren) mache ich persönlich dafür verantwortlich, daß diese Anweisung auf das strengste durchgeführt und die Durchführung von Ihnen dauernd kontrolliert wird. Um die Korrespondenz mit größter Beschleunigung in die Hände der Presse gelangen zu lassen, wird die Versendung von hier aus unmittelbar erfolgen. Sollten nicht alle kleineren Zeitungen Ihres Bezirks die „Neue Korrespondenz" erhalten, so ersuche ich, mir diese umgehend mit genauen Adressen unmittelbar zu bezeichnen."

Auf Grund dieser Anweisung des Ministers hat dann eine Behörde im August 1914 an eine Zeitung ein Schreiben gerichtet, worin sie um Abgabe einer vorbehaltlosen schriftlichen Erklärung „ersucht", daß das Blatt sich verpflichte, sofort die „Neue Korrespondenz" zu halten und deren Artikel, die von Reichs- oder Staatsbehörden als aufzunehmen bezeichnet seien, binnen 24 Stunden unverändert abzudrucken. Sie fügt hinzu, daß sie binnen 24 Stunden die entsprechende Erklärung in Händen haben müsse.

„Wir haben" — so bemerkt dazu der „Zeitungsverlag" — „das kurze und, wie man sieht, in schroffstem Befehlston gehaltene Schriftstück nur deshalb nicht im Wortlaut hierhergesetzt, um den betreffenden Herren seine persönlichen Angelegenheiten zu bereiten."

Der „Zeitungsverlag" veröffentlicht ferner landrätliche Schreiben an Zeitungsredaktionen, in denen die strengste Durchführung des ministeriellen Willens gefordert und im Weigerungsfall mit Zensurmaßnahmen gedroht wird. Eine Reihe von Blättern beschwerten sich bei den höheren Regierungsbehörden. Darauf drohte ein Regierungspräsident einer Zeitung, er werde ihr Weiterscheinen verbieten lassen, falls sie nicht willfahre, und ein Oberpräsident erklärte, er könne von der Durchführung dieser Bestimmungen nicht absehen, die Regierung habe unter dem Kriegszustande das Recht zu solchem Vorgehen. Das war ein offenbarer Rechtsirrtum.

Ein derartiges Vorgehen ist selbst der „Kreuzzeitung" zuviel, die sonst der Regierung das Recht zur Beeinflussung der Presse zugesteht.

Die preußischen Ausführungsbestimmungen zur Reglung der Schweinepreise.

Zur Bundesratsverordnung über die Reglung der Preise für Schlachtschweine und für Schweinefleisch sind jetzt von der preußischen Regierung Ausführungsanweisungen ergangen. Danach gelten die Höchstpreise für Schweine nur für Gemeinden mit Schlachtviehmärkten und öffentlichen Schlachthäusern. Im übrigen ist die Preisgestaltung für den Schweinehandel frei. . . . In Gemeinden mit öffentlichen Schlachthäusern, in die ausgeschlachtete Schweine und frisches Schweinefleisch von außerhalb eingeführt werden, kann dieser Fleischgroßhandel durch den Gemeindevorstand auf bestimmte Stellen (Markthallen usw.) beschränkt werden. Eine Beschränkung des Verkaufs von außerhalb eingeführten Fleisches im Kleinverkauf darf nicht stattfinden. Die Gemeindevorstände der Gemeinden, in denen Schweinefleisch zu Verkauf gelangt, sind verpflichtet, Höchstpreise für Fleisch und Fleischwaren festzusetzen. Sie sind dabei verpflichtet, die vorgeschriebenen Preisgrenzen für frisches (rohes) Schweinefleisch und frisches (rohes) Fett innezuhalten. Für die Herabsetzung der Preisgrenzen sind der Regierungspräsident, für Berlin der Oberpräsident zuständig. Die Herabsetzung wird für den ganzen Bezirk oder für Teile desselben vielfach geboten sein um die von der Gemeindebehörde festzusetzenden Fleischpreise in ein angemessenes Verhältnis zu den örtlichen Schweinepreisen zu bringen. — Auch bei verschiedenen Preisen für die einzelnen Fleischsorten darf der Preis die Preisgrenze für keine Sorte frischen Fleisches überschreiten. Die Preise für zubereitetes Fleisch (gepökeltes und geräuchertes Schweinefleisch), für gesalzenen und geräucherten Speck, für ausgelassenes Schweinefett und für Wurstwaren sind im Verhältnis zur Preisgrenze für frisches Schweinefleisch und rohes Schweinefett festzusetzen. Die höhere Verwaltungsbehörde kann Grundsätze aufstellen nach welchem Verhältnis die Preise für zubereitetes Fleisch und Fett sowie für Fett und Fleischwaren die Höchstpreise für frisches Fleisch und frisches Fett überschreiten dürfen.

Trockene Feststellungen.

Ein „Städter" stellt im „Münster Anzeiger" fest: Am 31. Oktober öffentliche Aufforderung des Westfälischen Bauernvereins an seine Mitglieder der verbrauchenden Bevölkerung schleunig Kartoffeln zuzuführen. Der Erfolg: Am 3. November auf dem Markte in Münster die Nachfrage nach Kartoffeln groß, das Angebot äußerst gering. Auf dem Markte am 5. November. Ueberhaupt keine Kartoffeln!

Am 6. November Aufruf des Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer:

Deshalb heraus mit den in der eigenen Wirtschaft nicht benötigten Kartoffeln usw.!

Am 7. November Aufruf des Reichs- und Landtagsabgeordneten Herold:

Ich möchte alle Landwirte dringend auffordern, alle Kartoffeln, welche sie irgendwie entbehren können, schleunig zum Verkauf zu stellen.

Und wiederum der Erfolg: Auf dem Markte am 10. November ein einziger Bauer, der Kartoffeln zum Kauf anbietet! Dazu erlaubt sich nun der „Städter" die Bemerkung:

„Wenn aus dem „rauhen Herbstwind", der durchs deutsche Land weht (Frhr. v. Ledebur), dann ein Sturm wird, der vielleicht auch Zollschlagbäume niederreißt, die auch mit dem Gelde der Stadtbevölkerung zum Schutze der Landwirtschaft aufgerichtet sind, dann fällt die Verantwortung auf die, die die Folgen zu tragen haben, — die Bauern!"

Ein anderes Beispiel zur Tagesgeschichte: In der Stadt Salzuflen wird der Milchpreis auf 20 Pfg. (für diese Gegend ein hoher Preis) festgesetzt. Andern Tags erscheint in dem Lokalblatt eine Anzeige, in der die Milchlieferanten erklären, die Milchlieferung eingestellt zu haben, „weil der Höchstpreis auf 20 Pfg. festgesetzt worden ist".

Ferner: Der Landrat des Kreises Ahaus stellt fest, „daß nach Festsetzung der Höchstpreise manche Landwirte, u. a. fast die ganzen Landwirte einer Gemeinde dazu übergegangen sind, die bisherige Butterlieferung ganz einzustellen."

Er droht mit Entziehung der Futtermittel.

Man kann ja wohl annehmen, daß die maßgebenden Stellen aus alledem selbstverständliche Folgerungen ziehen werden.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Preußische Verlustliste Nr. 380

enthält folgende Truppenteile:

Infanterie usw.: Grenadier-, bezw. Infanterie-, bezw. Füsilier-Regimenter Nr. 12, 14, 17, 18, 26 bis einschl. 31, 33, 34, 35, 38, 39, 40, 41, 42 bis einschl. 46, 49, 51, 53, 54, 55, 56, 62, 63, 65, 66, 69, 70, 77, 78, 79, 81, 82, 83 (i. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 83), 86 (i. Res.-Inf.-Regt. Nr. 75), 88, 91, 99, 109, 111 (i. Ers.-Inf.-Regt. Nr. 28 und Res.-Inf.-Regt Nr. 111), 113 (i. auch Res.-Inf.-Regt. Nr. 111), 141 (i. Inf.-Regt. Nr. 348), 152, 153, 158 (i. Inf.-Regt. Nr. 335), 160, 163, 164 (i. Res.-Inf.-Regt. Nr. 216), 169 (i. auch Res.-Inf.-Regt. Nr. 111), 170 (i. Res.-Inf.-Regt. Nr. 111), 175 (i. Inf.-Regt. Nr. 343), 332 bis einschl. 336, 341, 342, 343, 344 und Regiment v. Kurnatowski. — Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 12, 28 bis einschl. 32, 34, 35, 46, 51, 52, 55, 56, 64, 65, 66, 67, 71, 74 bis einschl. 78, 80, 81, 82 (i. auch Landw.-Inf.-Regt. Nr. 83), 111, 216, 219, 252. — Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 28, Königsberg Nr. 1 (i. Ers.-Inf.-Regt. v. Nußbaum), v. Nußbaum. — Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 1 (i. Inf.-Regt. v. Kurnatowski), 5 (i. Inf.-Regt. Nr. 342), 26, 28, 31, 33, 34, 38, 39, 46, 47, 51, 53, 65, 66, 75, 76, 77, 81, 88. — Landsturm-Infanterie-Bataillone: 1. Saarlouis (i. Inf.-Regt. v. Kurnatowski), 1. Tilsit (i. Ers.-Inf.-Regt. v. Nußbaum), 3. Tilsit (i. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 28). Zusammengesetztes Landsturm-Infanterie-Bataillon Marienwerder-Rastenburg (i. Inf.-Regt. v. Kurnatowski). — Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 10 Königsberg (i. Ers.-Inf.-Regt. v. Nußbaum); Feld-Maschinengewehr-Züge Nr. 64 (i. Res.-Inf.-Regt. Nr. 219), 292 (i. Inf.-Regt. Nr. 334).

Kavallerie: Husaren-Regiment Nr. 10 (i. Inf.-Regt. Nr. 26). 1. Landsturm-Eskadron des 1. Armeekorps (i. Inf.-Regt. v. Kurnatowski).

Feldartillerie: Regiment Nr. 227 (i. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 28); Reserve-Regiment Nr. 16.

Sächsische Verlustliste Nr. 225.

Württembergische Verlustlisten Nr. 298 und 299.

Genossenschaftsbewegung.

Neue Unternehmerorganisationen im Sattlergewerbe wurden in jüngster Zeit gegründet. So wurde eine Vereinigung deutscher Fabrikanten für Heeresausrüstungen, E. V., Sitz Berlin, geschaffen. Trotz des Eintrittsgeldes von 250 Mk. und eines Jahresbeitrages von 500 Mk. haben sich die maßgebendsten Militäreffektenfabrikanten bereits dem neuen Verbande angeschlossen. Der Bundestag deutscher Sattlerinnungen beschloß, der Interessengemeinschaft im deutschen Sattlergewerbe beizutreten. Bezeichnenderweise befindet sich die Geschäftsstelle in den Räumen der neugegründeten Unternehmerorganisation. Ausführlich behandelt wurde auch die Gründung von Werkgenossenschaften zwecks korporativer Arbeitsübernahme für Heer, Marine und sonstige Behörden. Durch direkte Aufträge der Behörden an diese Genossenschaften soll das Agenten- und Schieberwesen ausgeschaltet und die Selbstherstellung in Staatswerkstätten möglichst eingeschränkt oder gar ganz eingestellt werden. Der Handwerker- und Gewerbekammertag übernimmt den Auftrag von den Behörden, gibt ihn an die Lieferungsverbände weiter, welche ihn dann an die Werkgenossenschaften gemäß der Zahl der Genossen verteilen. Diese Genossenschaftsbildung ist eine Kriegserrungenschaft der Handwerker. Sie wird vom Handwerker- und Gewerbekammertag gefördert und nötigenfalls durch Kreditgewährung unterstützt. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Handwerker, die sonst die Konsumgenossenschaften bis aufs Messer bekämpfen, sich den Genossenschaftsgedanken sofort nutzbar machen, sobald er ihren Interessen dienlich erscheint. Wegen der Fürsorge kriegsbeschädigter Sattlergehilfen beschloß der Bundestag, allen Innungen und Sattlermeistern zu empfehlen, im Sinne der Arbeitsgemeinschaft für das Sattler- und Lederwaren-Gewerbe zu wirken und zu handeln. Vor allem dürften etwaige Rentenbezüge nicht als Vorwand zu Lohndrückereien dienen. Heimkehrende Krieger sollen unverzüglich wieder in ihre innegehabte Arbeitsstelle kommen.

Aus Nah und Fern.

Familiendrama in Dresden. In der Nacht zum Sonntag hat sich in Dresden ein Familiendrama zugetragen. Die Arbeiterehefrau Selma Säuberlich gab ihren drei Kindern Gift und trank dann selbst von der Flüssigkeit. Während die beiden älteren Kinder gerettet werden konnten, waren die Mutter und das jüngste Kind, als sie heute früh aufgefunden wurden, bereits tot.

Teuerungsmanie. Aus Gera (Reuß) wird mitgeteilt: Daß die Lebensmittelpreise fortwährend gesteigert werden, überrascht schon niemand mehr, daß aber sogar das abgefallene Laub im Preise steigt, das steht wohl unerreicht da. Es wird der „Reuß Tribüne" mitgeteilt, daß die Tabakfirma Wieprecht und Hauschild das abgefallene Kirschenlaub vom Besitzer des Lusaner Kirschberges, des Rentiers Kühn in Lusan, abkauft. Jetzt hat der Besitzer diesen Preis angeblich um 50 pZt. gesteigert. Ob die Preiserhöhung auch auf die „erhöhten Produktionskosten" zurückgeführt wird? Der Fall verdient der Kuriosität halber festgehalten zu werden. Oder sollte Herr Kühn etwa annehmen, die Tabakfirma werde eine Preiserhöhung ihrer Fabrikate damit begründen, daß ja auch der „Tabak" (aus seinem Kirschberg) teurer geworden sei und will er sich nun seinen Anteil an den gestiegenen „Produktionskosten" seiner Kirschbäume sichern.

Verhaftet wurde in Augsburg der Butter- und Eierhändler Karl Pitz. Er hatte in der näheren und weiteren Umgebung alle erhältlichen Eier aufkaufen lassen, um sie zu lagern. Dadurch war die Zufuhr von Eiern zur Stadt fast vollständig abgeschnitten und der Preis stieg um fast 100 pZt. Auch gegen die Ehefrau des Pitz ist ein Strafverfahren anhängig gemacht.

Zur Behebung von Knopflochschmerzen. Die in manchen Kreisen herrschende Sehnsucht nach einem Ordensbändchen ist durch den Krieg nicht vermindert worden. Die eisernen Kreuze der Feldgrauen lassen in manchen Nichtkriegern den neidischen Wunsch aufkeimen, auch ein Ehrenzeichen zu besitzen. Wenn Nachfrage danach ist, warum soll sich denn nicht auch Angebot einstellen? Es gibt auch auf diesem Gebiete Leute, die Mittel und Wege zu finden wissen, um die „Konjunktur auszunutzen", wie folgendes Briefelein zeigt:

„Georg Kärger
Direktor — Berlin, den . . . . . 15.
Berlin W. 30, Freisingerstr. 16.
Fernspr. Lützow 7797.

Sehr geehrter Herr!

Hierdurch gestatte ich mir die höfliche Anfrage, ob beifolgende Notiz ernsthaftes Interesse für Sie hat?

In diesem Falle bin ich gern bereit, Ihnen auf Wunsch weitere Informationen kostenlos zukommen zu lassen.

Ich bemerke, daß die Durchführungskosten nur
im Falle des Erfolges
zu bezahlen sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dir. Kärger."

Dem mit Schreibmaschinenschrift geschriebenen Briefe ist eine gedruckte Notiz beigefügt, deren Hauptinhalt folgender ist:

„Ehrenzeichen des Roten Kreuzes.

Wie seinerzeit amtlich verlautbart worden ist, hat Kaiser Franz Joseph zu Beginn dieses Krieges aus Anlaß des 50-jährigen Bestandes der Genfer Konvention neue Ordensauszeichnungen gestiftet, Ehrenzeichen für Verdienste um das Rote Kreuz, Verdienststern, Ehrenkreuze 1. und 2. Klasse und zwei Ehrenmedaillen, silberne und bronzene. Oberster Inhaber ist der Kaiser selbst. Diese Auszeichnungen werden für wirkliche Verdienste auf dem Gebiete des freiwilligen Hilfsdienstes des Roten Kreuzes mit Allerhöchstem Diplom verliehen und können auch in Miniatur oder das Band allein (Rosette) getragen werden; sie bleiben für die Nachkommen ein historisches Andenken an den großen Krieg. Das Rote Kreuz verdient jetzt möglichste Unterstützung, die entsprechend anerkannt wird. Voraussetzung ist natürlich, daß der an allerhöchster Stelle vorzuschlagende Bewerber einen tadellosen Leumund besitzt und die amtliche Prüfung seine erforderliche Qualifikation erweist."

Es folgt dann eine lange Aufzählung von hochgestellten Persönlichkeiten, die bereits jetzt Inhaber von Ehrenzeichen sind, und zum Schluß heißt es:

„So wie das Eiserne Kreuz und die Oesterreichische Tapferkeitsmedaille für den Krieger, ist das Ehrenzeichen vom Roten Kreuz die schönste Auszeichnung ideeller Verdienste für den Bürger."

Es wäre interessant, zu erfahren, wie viele Leute dem verlockenden Angebot nähertreten, und — wie viel der Herr Direktor Kärger bei der Geschichte verdient. Wir vermuten, daß das Geschäft recht einträglich sein wird. Die Spekulation auf die Eitelkeit der Menschen hat sich noch immer bezahlt gemacht.

Die Berufung des Mörders Jaurès' verworfen. Wie der „Progrès" aus Paris meldet, verwarf der Kassationshof die Berufung Villains, der Jaurès ermordet hatte, gegen den Beschluß der Anklagekammer, welche die Angelegenheit vor ein Schwurgericht verwiesen hatte.

Untergang eines spanischen Dampfers. Wie Lloyds meldet, ist der spanische Dampfer „Bernabé" (2263 Tonnen), von Cardiff nach Bordeaux unterwegs, unweit Bordeaux mit der Besatzung verloren gegangen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.